Einzelpreis 30 Pf. Halle, Freitag, den 16. April 1920. 31. Jahrgang • Nr. 89

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 100686. Hermann Schebe

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3.50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Zu den sozialen Tugenden, die der Klassenkampf im Proletariat erweckt und nährt, gehört vor allem

die Opferwilligkeit.

Nie ist sie von einer Klasse so gefordert und erfüllt worden, wie von der Arbeiterklasse.

Und nie wurden so große Anforderungen an diese Opferwilligkeit gestellt, wie gegenwärtig, da wir in die Periode der entscheidenden Massenaktionen um die Eroberung der politischen Macht eingetreten sind. Gleichwohl werden die Anforderungen noch größer werden, da die Massenaktionen und damit ihre Opfer sich häufen.

Das höchste Opfer für die politische Ueberzeugung ist das von Leib und Leben. Ungezählt sind die Opfer, die allein seit Anfang November 1918 gebracht wurden. Wie die Opfer der Kommune von 1871 sind auch sie eingeschreint in dem Herzen des Proletariats. Nie wird es sie vergessen und immer ehrenvoll ihrer gedenken.

Ungezählt, aber sicher sehr, sehr zahlreich sind ferner die Hinterbliebenen derer, die in den jüngsten Kämpfen aus Anlaß des Kapp-Lüttwitz-Putsches ihr Leben für die hehre Sache ließen; erschreckend groß ist auch die Zahl der Verwundeten und dauernd an ihrer Gesundheit Geschädigten.

Es ist selbstverständlich in erster Linie die Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinden, für die Opfer der einen wie der anderen Art zu sorgen. Die Vertreter unserer Partei haben unverzüglich auf die Erfüllung dieser öffentlichen Fürsorge hinzuwirken. Sie können sich dabei vor allem darauf berufen, daß die Opfer eine Folge der Niederkämpfung der Reaktion sind und kein materielles Opfer in seinem Umfange dem vergleichbar ist, das die mutigen Kämpfer an Leib und Leben gebracht haben. So groß nun die Zahl derer ist, die der Hilfe bedürften, noch größer war die Dringlichkeit, mit der geholfen werden mußte und weiter geholfen werden muß.

Dabei müssen wir uns über eines — so bitter das auch für viele ist — unbedingt klar sein: Auf die Dauer wird die Arbeiterschaft selbst bei größter Opferwilligkeit allein die Hilfe nicht leisten können. Einmal, weil der politische Kampf weitergeht und die Zahl der Opfer immer größer wird, dann aber auch, weil noch viele andere Aufgaben zu erfüllen sind, die große Geldmittel verschlingen. Endlich muß auch daran erinnert werden, daß es immer die Auffassung der kämpfenden Arbeiterschaft war, es müsse gekämpft werden ohne jede Rücksicht auf Unterstützung und Hilfeleistung, denn schlimmer als die traurigste Notlage ist das Fortbestehen der

Lohnsklaverei unter der Herrschaft der Kapitalisten.

Es entsprach nur der ruhmvollen Tradition des kämpfenden Proletariats, daß in und nach den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit überall den Klassengenossen im Rahmen des Möglichen geholfen wurde, und es ist selbstverständlich, daß nach Kräften weiter geholfen werden muß.

Im Ruhrrevier, im Rheinland, wie im übrigen Deutschland hat man teilweise einen vollen Tagelohn zur Hilfeleistung geopfert. Das muß überall zur Norm gemacht werden, denn geringere Beiträge entsprechen entfernt nicht der Höhe der Summen, die notwendig sind.

Arbeiter, Genossinnen und Genossen! Eure Herzen schlugen höher, als ihr vernahmt, mit welchem Mute eure Schwestern und Brüder Leben und Gesundheit im Kampfe wider die Feinde des Sozialismus in die Schanzen schlugen. Lodernder Zorn und tiefste Empörung erfüllte euch, als ihr Kunde erhielet über die große Zahl eurer Klassengenossen, die von einer überbestialisierten Soldateska nicht nur mißhandelt und gemartert, sondern verstümmelt und getötet wurden.

Jetzt gilt es, schnellstens den Gefühlen die Tat folgen zu lassen.

Beteiligt euch an den Sammlungen, die überall sofort von den Parteileitungen der USPD. für die Hinterbliebenen der Revolutionshelden und all die anderen Hilfsbedürftigen eingeleitet werden!

Durch eure Solidarität müßt ihr erneut den Beweis erbringen, daß ihr unüberwindlich seid und daß die Zukunft euer sein wird!

Ein Hilfswerk wie dieses muß organisiert werden. Die Parteileitung der USPD. hat deshalb sofort diese Organisation in die Wege geleitet. Die Gelder sind überall schnellstens an die Bezirksleitungen der USPD. abzuführen.

Berlin, den 14. April 1920.

Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission der Unabhängigen Sozialdemokrat. Partei Deutschlands.

Die neue Putschgefahr.

Daß die Kapp-Lüttwitzsche Verbrechergesellschaft ganz planmäßig Vorbereitungen zur einem neuen Putsch trifft, dafür können eine Anzahl neuer Beweise erbracht werden. So erfährt der Vorwärts aus Vorpommern, daß die Zeitfreiwilligen dort nichtentlassen sind. An Greifswald halten die dortigen Zeitfreiwilligen, Studenten, fortgesetzt Uebungen im Scharfschießen und mit Handgranaten ab. Von der Entlassung der Baltikumer ist gar keine Rede.

Der berüchtigte Oberst Bischoff hat kurz nach Ostern im Preußenhof in Greifswald mit einer großen Suite von Offizieren gefrühstückt und sich dann öffentlich über seine Pläne unterhalten. Gegen Bischoff ist ein Schutzhaftbefehl erlassen.

Aus Beeskow wird uns gemeldet, daß auch beim 2. Reserve-Artillerie-Regiment 15, das in Beeskow in Garnison liegt, vor einigen Tagen Offiziere in Zivil sich eingefunden hatten, um mit den Führern Fühlung zu nehmen. Es handelt sich um entlassene Offiziere, die jetzt von Garnison zu Garnison reisen, um für eine Wiederholung des Putsches Stimmung zu machen.

Unter dem Einfluß der reaktionären Kräfte halten die Pommerschen Landwirte seit acht Tagen offensichtlich mit den Pflichtablieferungen zurück.

Mitten in Berlin, so z. B. im Bahnhof Zoologischer Garten, haben sich wieder Werbestellen aufgetan, die ganz ungescheut Freiwillige für dunkle Zwecke anwerben.

Auch aus Schlesien kommen neue Alarmnachrichten, die zeigen, daß sich hier ein neuer reaktionärer putschistischer Herd bildet. Die Reichswehroffiziere drohen mit Streik, wenn die Verabschiedung der verdächtigen Offiziere durchgeführt wird. Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes erklärt: „Nach den mir vorgelegten Originaldokumenten muß ich die Ueberzeugung gewinnen, daß Schlesien auch heute noch das ist, was die Provinz vor dem 13. März war, ein bevorzugter Sammelplatz deutschnational umstürzlerischer Elements. Bei dem deutschnationalen Abgeordneten v. Kessel sind vier Geschütze und vier Flammenwerfer, in einer königlichen Domäne neun Geschütze und neun Flammenwerfer gefunden worden.

Ueber den neugeplanten Putsch macht die Freiheit u. a. folgende wichtigen Angaben: Die Organisatoren sind die Verbrecher vom 13. März. Die Herde der Verschwörung sind in Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien. Dort sind alle verfassungstreuen Soldaten entlassen und dafür werden fortgesetzt Offiziere und Studenten kappistischer Gesinnung neu angeworben. Den Kern bilden auch diesmal wieder die Baltikumer mit der Eisernen Division, dem Hochverräter Bischoff an der Spitze, dazu die Freikorps, vor allem die Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld. Die Potsdamer Garnison, Jüterbog und Zossen, wo noch viele Baltikumer weilen, haben Mithilfe zugesagt. Auf pommerschen und mecklenburgischen Gütern sind große Waffenlager und Flugzeugparks; Pferde und Wagen sind von den Junkern zur Verfügung gestellt worden. Der Putsch soll vom Lande aus beginnen und dann Berlin gernieren und zur Uebergabe zwingen.

Mit den Führern der Arbeiterparteien soll kurzer Prozeß gemacht werden. Ihre Adressen hat der Nachrichtendienst des Korps Lüttwitz im Verlaufe des ersten Revolutionsjahres unter den Augen Noskes so sorgfältig angelegt, daß über jeden Führer ein genauer Bericht vorliegt. Ansammlungen auf den Straßen sollen durch Gasbomben von vornherein verhindert werden. Blau- und Gelbkreuz-Gasbomben sind dazu bereitgestellt. Die Verschwörer wollen eine starke Mithilfe des Bürgertums durch systematische antibolschewistische Propaganda, eventuell durch Provokation der Arbeiter zum Aufstand, erzielen. Der genaue Zeitpunkt des Putsches ist noch nicht festgelegt.

•

Der Republikanische Führerbund wird genau wie unter Noske verfolgt und geschnüffelt. In einer Zuschrift an die Freiheit stellt er fest, daß in einer ganzen Reihe von Reichswehrregimentern Offiziere und Unteroffiziere, die ihm beitraten, sofort ohne jeden Anspruch auf Abfindung entlassen werden. Jede Werbung für ihn wird auf Befehl höherer Führer bestraft. So in Schlesien, Mecklenburg, Brandenburg und anderen Gegenden. Die Verfolgung des Republikanischen Führerbundes verrät ein bestimmtes System, dessen Fäden im Reichswehrministerium zusammenlaufen. Der Beweis ist schon dadurch erbracht, daß die Befehle der Reichswehrstellen gegen den RFB. alle das gleiche Datum tragen.

Der RFB. führt seine neue Verfolgung hauptsächlich auf den Erlaß des Reichspräsidenten Ebert gegen die Politik im Heere zurück. Auf ihn stützen sich die militaristischen Putschlinge in der Reichswehr. Wenn auf solche Weise der Präsident der Republik ihren Feinden Waffen in die Hand gibt, braucht man sich natürlich nicht zu wundern, wenn die Reichswehr jeden Tag mehr in die Hand der Reaktion gleitet. Wie der Reichswehrminister Geßler unter solchen Umständen eine Reform der Reichswehr vornehmen will, ist uns unerfindlich. Ueberhaupt hat er Worte darüber genug gesprochen. Es wird die höchste Zeit, daß wir endlich einmal Taten sehen. Oder sollen die Baltikumer abermals erst in die Wilhelmstraße eingezogen sein?

•

Lüttwitz nicht festgenommen.

Die gestern durch WTB. verbreitete Meldung, daß der Putschgeneral Lüttwitz und sein Kumpan, der Major Bischoff, in Pommern verhaftet worden seien, hat sich als Schwindel erwiesen. Das WTB. ist das Opfer einer Mystifikation geworden. Wie es mitteilt, ist die ausgegebene Meldung über die Verhaftung dem WTB. von unbekannter Seite unter Mißbrauch des Namens eines Angestellten der Presseabteilung der Reichsregierung übermittelt worden. WTB. hat wegen des Vorfalls eine gerichtliche Untersuchung beantragt und alle Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, die Feststellung des Urhebers der Mystifikation zu ermöglichen.

Wir hatten die Meldung von Lüttwitz' Festnahme wohl mit Zweifel aufgenommen, glaubten aber infolge ihrer Verbreitung durch das offiziöse Telegraphenbureau gleichwohl an ihre Richtigkeit. Es hat sich indes gezeigt, daß wir der Regierung doch zuviel Courage zugetraut hatten. Sie vermag wohl die Arbeiterschaft durch ihre Söldnertruppen niederschlagen und die revolutionären Führer der Arbeiterschaft ins Gefängnis werfen zu lassen, Jagd auf einen Hölz zu machen — aber so große Verbrecher wie Lüttwitz und Bischoff sind dem „strafenden Arm der Gerechtigkeit" unerreichbar! Die ganze Hilflosigkeit und Kläglichkeit dieser Regierung kann durch nichts treffender gekennzeichnet werden, als durch diese Tatsachen. Für die „Wehrlosigkeit" des Reichswehrministeriums den Kapp-Putschisten gegenüber ist ferner bezeichnend, daß sein Nachrichtenapparat stets und ständig im Widerspruch mit den Nachrichten der zivilen Instanzen steht. Das Reichswehrministerium behauptet, daß Lüttwitz und Bischoff nicht in Pommern seien. Der Oberpräsident von Stettin, der Regierungspräsident von Stralsund, Offiziere der Sicherheitspolizei bestätigen jedoch auch heute noch, daß Bischoff und Lüttwitz nicht nur in Pommern anwesend, sondern mit der Organisation eines großen neuen Putsches beschäftigt sind.

Die Regierung wird wohl von Lüttwitz erst dann wieder etwas entdecken, wenn er ihr mit seinen Baltikumern in Berlin wieder auf die Bude rückt!

•

Maercker und Lüttwitz.

Wie das Dresdener Zentrumsblatt, die Sächsische Volkszeitung, meldet, kam am Sonntag in einer Zentrumsversammlung in Königsbain (Oberlausitz) Redakteur Heßlein bei seinen Ausführungen über die Kappsche Gegenrevolution auch auf die Haltung des Generals Maercker in den entscheidenden Stunden in Dresden zu sprechen. Heßlein bezog sich dabei auf die bekannte Unterredung mit General Müller, wonach die Haltung Maerckers einwandfrei gewesen wäre. Demgegenüber machte Heßlein die Mitteilung, daß General Maercker einige Tage vor dem Kappschen Putsch auf einem Gut in Thüringen mit General v. Lüttwitz zu einer Besprechung zusammengetroffen sei. Bei einer späteren Untersuchung wurden sowohl auf diesem als auch auf anderen Gütern der dortigen Gegend Maschinengewehre gefunden, die zum Teil sogar in den Salons aufgestellt waren. Die Mitteilungen riefen in der Versammlung außerordentlich große Bewegung hervor.

Wir erwarten, daß diese Angaben sofort amtlich nachgeprüft und gegen Maercker die nötigen Maßnahmen getroffen werden, damit er nicht auch wie Lüttwitz und Genossen verdusten kann.

Die Friedensbedingungen Lettlands.

Kopenhagen, 15. April. (WTB.) Nach einer Meldung aus Reval bestehen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien. Eine Kriegsentschädigung von zwei Milliarden in Gold. Rückgabe des weggeführten Eisenbahnmaterials sowie der Maschinen, ferner des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine weitere Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz.

•

Wie aus Reval telegraphisch der neuen Presse-Zentrale Stockholm gemeldet wird, ist der Eisenbahnverkehr zwischen Estland und Rußland wieder aufgenommen worden. Die russische Handelsdelegation hat in Reval einen Vertrag auf Lieferung von 200 amerikanischen und französischen Lokomotiven abgeschlossen. Als Vorschußzahlung sind 70 Pud Gold aus Moskau abgesandt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200416-10/fragment/page=0001

Hinter den Kulissen der Kapp-Regierung.

Der Zentrale der Betriebsräte von Groß-Berlin ist nachstehender Bericht eines Reaktionärs an seine Gesinnungsgenossen in die Hände gefallen:

Berlin, den 22. März.

Bei dem Putsch haben zwei verschiedene Kräfte zusammengewirkt. Seit vielen Monaten bereitete ein Kreis von Männern, der weit größer ist, als die jetzt mit Kapp und Lüttwitz hervorgetretenen — ganz außerhalb irgendeiner politischen Partei — den gewaltsamen Sturz der Regierung Ebert-Bauer vor. Zum ersten Male nahm die Angelegenheit erntere Gestalt an, als der Frieden unterzeichnet werden sollte und dann besonders wieder, als entgegen der eben fertiggestellten Verfassung sich Regierung und Nationalversammlung weigerten, zurückzutreten und durch Neuwahlen den wahren Willen des Volkes festzustellen.

Man wollte stets nur die Entfernung der Regierung und Neuwahlen binnen acht Wochen, um dann selber wieder zurücktreten. Man wollte nicht selber regieren und sich bereichern, nicht die Monarchie der Reaktion herbeiführen, nicht die Verfassung stürzen, nicht Militär- oder Knutenherrschaft aufrichten. Allerdings wollte man noch vor den Neuwahlen die Zwangswirtschaft abbauen, das Militär erheblich bessertellen, die Arbeitslosenunterstützung sehr einschränken, die Farben schwarz-weiß-rot anerkennen.

Die Ausführung des Sturzes war bei einer Regierung, die nirgends im Lande feste Stütze und Rückhalt hatte, äußerst einfach. Eine Hauptschwierigkeit bestand von jeher darin, die leitenden Männer, insbesondere die Generale Lüttwitz, Walther und Maercker unter einen Hut zu bringen, da sich aus persönlichen Gründen gegebenenfalls die beiden letzteren nicht unterstellen wollten. Man mußte sich auf einen scheinbaren Oberbefehl eines erheblich älteren (übrigens in der Oeffentlichkeit weniger bekannten) Militärs einigen, den alle drei Generale anerkennen wollten.

Mit diesen Machenschaften gleichzeitig, und unabhängig von ihnen, hatte sich bei der gesamten Reichswehr ein starker Unwillen über die Regierung Ebert-Noske-Erzberger und ihre Hintermänner und die Nationalversammlung breitgemacht, und zwar in einem Maße, wie es das Volk und auch die Regierung selbst nicht geglaubt hat. Die Reichswehr und vor allem die alten Freiwilligenverbände, deren Auftreten gegen Spartakus allein die Regierung und Nationalversammlung seinerzeit ihre Existenz verdanken, fühlten sich auf allen Gebieten zurückgesetzt, jählich gestellt, aufgelöst und nach getaner Arbeit undankbar beiseite geschoben. Dazu kamen die zahllosen anderen Dinge, die die Regierung überhaupt in Mißkredit gebracht hatten. Es war ein offenes Geheimnis, daß bei einem Putsch in Berlin kein Soldat für die damaligen Machthaber einen Finger krümmen würde.

Durch die Gerüchte von der geplanten völligen Abschaffung der Reichswehr verbreitete sich naturgemäß eine solche Stimmung, daß dem Kenner die kurz bevorstehende Entladung nicht verborgen bleiben konnte. Tatsächlich beschlossen denn auch am 10. März 1920 einige außerhalb Berlins liegende Truppenteile — in Ausführung eines aus ganz anderen wirtschaftlichen Gründen gestellten Ultimatums — sofort und ohne Vorbereitung und ohne Rücksicht auf die politischen Folgen nach Berlin zu ziehen und die derzeitigen Machthaber zu verjagen, wenn sie das Ultimatum nicht annehmen wollten. Hierdon ließen sie sich von keiner Seite abbringen und traten tatsächlich in der Nacht vom 12. zum 13. März an. Die Regierung floh.

Die hierdurch urplötzlich geschaffene politische Lage war um so verzweifelter, als man annahm, daß die USP. und die Kommunisten ihrerseits kurz vor einem Putsch stünden und ganz darauf vorbereitet wären, sofort die Geschäfte der verjagten Machthaber zu übernehmen und zur Rätediktatur vorzugehen. Andererseits waren die eingangs erwähnten Kreise, die ja ebenfalls den Sturz der Regierung wollten, nicht auf eine so plötzliche Wendung und auf sofortige Uebernahme der Geschäfte gefaßt und vorbereitet. So wandte man sich in aller Eile an den nächstverfügbaren höheren General und dann nächsten energischen Politiker, der sich dazu entschließen konnte, durch sehr gewagtes unvorbereitetes Auftreten zu versuchen, die Karren den reißen Fluten in letzter Stunde noch zu entreißen. Lüttwitz und Kapp haben nur sehr kurze Bedenkzeit zu ihrem Putsch gehabt.

Trotzdem fielen der erste Schritt des Wagnisses ganz über Erwarten gut zu gelingen. Schon am ersten Tage standen alle Truppen und Behörden Deutschlands zur neuen Regierung, außer den Bereichen der kommandierenden Generale in Württemberg, Hessen und Westfalen. Mit General Walther nahmen die Verhandlungen zur Beseitigung der persönlichen Differenzen und zur Garantierung seiner Stellung einen guten Verlauf. Der General war sich klar, daß der sowieso bevorstehende Kommunistenaufstand nach dem Kapp-Putsch unfehlbar kommen würde, gleichgültig, auf welche Regierungsseite er sich stellen wollte. Immerhin gegen sich die Verhandlungen über seine persönlichen Angelegenheiten in die Länge. Um nicht inzwischen dem Schicksal des kommandierenden Generals von Schlesien zu verfallen, der wegen seiner zweideutigen Haltung schon am ersten Tage von seinen Truppen abgesetzt wurde, mußte General Walther zunächst in Westfalen alle Monarchisten und Telegramme der neuen Regierung zurückhalten und ihre Presse sofort unterdrücken. Demgemäß erfolgte in Westfalen die einzige Orientierung von Volk und Presse und Truppen durch WTB. Frankfurt a. Main durch die Gegenseite. Nach knapp 24 Stunden war auf diesem Wege die neue Regierung bei jedermann als Reaktionäre, Monarchisten, Militaristen, verbrecherische Abenteurer pp. gründlich gebrandmarkt und völlig unmöglich, ohne daß es ihr überhaupt gegönnt war, zu sagen, was sie eigentlich wollte. Nach 1½ Tagen hatte General Walther keine Entschlußfreiheit mehr, völlig recht hatte nunmehr sein am Montag, den 15. März, 11.30 Uhr vormittags, bei Lüttwitz eingehender Fernspruch: „Habe mich von alter Regierung losgesagt, kann mich aber wegen Volksstimmung nicht auf Boden der neuen Regierung stellen."

Jetzt mußten Kapp-Lüttwitz einsehen, daß sie nicht nur weite Volksschichten gegen sich hatten, sondern auch die Behörden und Truppen Westfalens. Sie mußten einsehen, daß unter ihrer Führung der Kommunistenaufstand nicht bekämpft werden konnte. Daß der Aufstand nunmehr lebensgefährlichen Umfang annahm, weil die Hilfstruppen, die Lüttwitz seit dem 13. März zur sofortigen Besetzung bereit hielt, wegen der Haltung Watters nicht rechtzeitig anmarschieren konnten. So mußten Kapp-Lüttwitz im allgemeinen Interesse sang- und klanglos und ruhmlos wieder im Dunkel verschwinden, ein Chaos zurücklassen.

Auf Grund dieser authentischen Angaben sei nochmals der Zweck der Zeilen hervorgehoben, nämlich, daß sie die Aufmerksamkeit breitester Schichten Westfalens auf zwei Punkte lenken, die trotz ihrer Wichtigkeit zurzeit sehr verkannt werden.

1. Der Kapp-Putsch hat nichts mit einer politischen Partei zu tun, es sei falsch, ihn einer solchen anhängen zu wollen.

2. Die Stimmung der Truppen ist keineswegs umgeschlagen. Die Parole, unter der die Truppen gegen das Industriegebiet geführt wurden, ist demgemäß wenig zugkräftig: „Kampf zur Sicherung der Stellung von Ebert-Bauer-Noske-Erzberger-Müller, ihrer Hintermänner, ihres Systems!" Darüber dürfen wir uns nicht durch laute Kundgebungen einzelner, die auf die Gunst der Minister angewiesen sind, hinwegtäuschen lassen. Die Parole: „Ruhe und Ordnung" ist nur eine andere Wortfassung, auch sie verkündet nur: „Die bisherigen Zustände sollen bleiben," auch dieses ist wenig begeisterungsfähig."

•

Es erübrigt sich, lange Ausführungen zu diesem Bericht zu machen. Er beweist einerseits, daß die Reaktion fest entschlossen und zielbewußt an der Wiederherstellung ihrer Macht arbeitet. Andererseits aber zeigt er Herrn von Watter, den Kommandeur der militärischen Macht im Ruhrgebiet, als den im vollen Umfange Mitschuldigen der Kapp-Lüttwitz. Dieser Mann, gegen den schon von anderer Seite genügend Nachweise für ein Einverständnis mit den Staatsstreichern vom 13. März beigebracht wurde — ist trotz aller Warnungen immer noch der Vertrauensmann der Reichsregierung und darf seinen Haß und seine Wut über den mißlungenen Putsch an der Arbeiterschaft seines Befehlsbereichs auslassen lassen.

Wir fordern die sofortige strengste Untersuchung. Wir fordern die sofortige Festnahme der Generale von Watter, Maercker und ihrer Hintermänner. Mit Bedenken gegen solche Praxis hat die Reichsregierung gearbeitet. Sollen auch diese beiden Helden erst ihren Lüttwitz nach durch die Lappen gehen? Oder braucht die Regierung als Beweis ihrer wirklichen Gesinnung nochmals einen Putsch, an dem die Militaristen eifrig genug arbeiten?!

197 Milliarden Reichsschulden!

Berlin, 15. April. Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in der heutigen Sitzung des Ausschusses betrugen am 31. März die fundierten Schulden des Deutschen Reiches 92 Milliarden, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 197 Milliarden Mark.

Die europäische Gegenrevolution.

In der Humanité vom 7. April weist Paul Louis auf die gleichen Tendenzen der Reaktion in jedem Lande hin, die sich, ohne es zu wollen, in die Hände arbeite, und auf jeder Seite den Nationalismus steigern. Er beruft sich auf die Mitteilungen des Temps über die Entwicklung des deutsch-französischen Gegensatzes bei Gelegenheit des Einrückens von Truppen in die neutrale Zone und stellt fest: „Es handelt sich heute für die europäische Gegenrevolution — die neue Heilige Allianz — darum, den Aufstieg des Proletariats auf der anderen Seite des Rheins zu paralysieren." Und später sagt er: „Unser nationaler Block hat seit langem eine Operation auf dem anderen Ufer des Rheins verlangte, um eine Ableitung von der wirtschaftlichen Krise zu schaffen, war nur zu glücklich, die Gelegenheit zu ergreifen. Bestimmte seiner Mitglieder geben ganz offen zu, daß sie den Sturz von Kopp und Lüttwitz und den Erfolg des Generalstreiks bedauerten, weil diese Episode ein schlechtes Beispiel gewesen sei. Die Verletzung des Vertrags von Münster durch Müller hat sie mit Entzücken erfüllt. Man hat folgerichtig die wegfälsche Unterdrückung gebilligt, aber als Kompensation hat man Frankfurt, Darmstadt usw. genommen.

Ist die deutsche Regierung über diese Ausdehnung der besetzten Zone gekränkt gewesen? Nichts ist weniger sicher. Sie hat ihr gedient, denn französische Truppen halten die Ordnung oder was man so in diesem Bezirke nennt, aufrecht, und Müller hat ihn von Truppen entblößen können, um die Reichswehr aus dem Maintal anderswo, vielleicht in Westfalen, einzusetzen. Die Bourgeoisie von Frankfurt, die wie jeder weiß, reich ist, hat unsere Senegalesen ebenso mit Begeisterung empfangen können, wie die von Darmstadt. . . ."

Paul Louis spricht dann von der Aufgabe der Arbeiterschaft. „Die gegenrevolutionäre Episode, die sich vor unseren Augen abspielt und die vielleicht mit Ueberraschungen enden wird — alles ist Ueberraschung — muß von Grund auf von den französischen Proletariat untersucht werden. Es ist nötig, daß die Massen den ganzen Zynismus der Leitenden erkennen, denn diese bemächtigen sich mit Erfolg der am wenigsten vorherzusehenden Argumente, und man hat sie in diesen Tagen behaupten sehen, daß sie den Arbeitern der Ruhr dienten, indem sie Frankfurt besetzten.

Aber noch eine andere Betrachtung drängt sich uns auf. Die letzten Ereignisse haben die Krise der Bündnisse noch verschlimmert. England, Amerika, das offizielle und kapitalistische Italien haben die Verteilung oder die Vernichtung der Sozialisten an der Ruhr unterschrieben; sie mißtrauen der Besetzung der transrheinischen Region durch Frankreich und verbergen ihre Unruhe nicht.

Die Gegenrevolution entpuppt sich bald offen, bald scheinheilig; Europa und die Welt von 1920 sind nicht mehr die von 1918. Unsere Pflichten wachsen, und mehr als je benötigen wir Scharfsinn, kaltes Blut und Disziplin."

Gegen den Militarismus!

Eine Kundgebung der französischen Sozialdemokratie.

Die ständige Verwaltungskommission (Vorstand) der französischen Sozialistischen Partei hat in seiner letzten Sitzung folgende Resolution „gegen die Verbrechen des deutschen und französischen Militarismus" angenommen:

„Die ständige Verwaltungskommission denunziert dem Proletariat die kaum verhüllte Beziehung, die sich zwischen dem französischen Annexionismus und der Berliner Regierung angeknüpft hat und die sich bemerkbar macht durch die verabscheuungswürdige Unterdrückung der Arbeiterbewegung an der Ruhr und durch die Besetzung von Frankfurt, von Hanau, von Darmstadt und von Homburg. Sie brandmarkt die Fusillade von Frankfurt mit derselben Entrüstung, wie die Exekutionen von Mülheim und von Essen.

Sie stellt fest, daß der französische Militarismus und der deutsche Militarismus, die die Völker eins gegen das andere aufreizen, sich jedesmal verständigen, wenn es sich darum handelt, die Anstrengung des Proletariats zu paralysieren.

Sie beglückwünscht die deutschen Sozialisten zu ihrer Forderung der sofortigen Räumung des Ruhrgebietes und fordert ihrerseits die sofortige Räumung des transrheinischen Gebietes.

Sie wiederholt noch einmal: Friede und Brüderlichkeit dem deutschen Proletariat, und fordert alle Verbände und alle Sektionen auf, sich durch eine Verdoppelung der Propaganda, durch die Beleuchtung der systematisch entfesselten Tatsachen dem Proletariat anzuschließen, den sie gegen die Politik entehrenden Markiens und zügelloser Reaktion, weil sie der nationale Block betreibt, erhebt."

Der französische Rückzug.

Nachrichten aus Frankfurt a. M. zufolge haben am Donnerstagmorgen das französische Kolonialregiment und ein Linienregiment die Stadt verlassen. Die Absperrungen am Hauptbahnhof sind aufgehoben. Die Wachen vorläufig werden eingezogen. — Londoner Blätter künden amtlich den baldigen Rückzug der Franzosen aus den neubesetzten deutschen Städten an.

•

Paris, 15. April. Populaire stellt fest, daß in England ein scharfer Feldzug gegen die Besetzung des linken und rechten Rheinufers durch schwarze Truppen eingesetzt habe. General Thompson habe dem Daily Herald geschrieben, es sei eine große Gefahr, die Wilden zu bewaffnen, denn sie könnten sich eines Tages der Waffen gegen die Europäer bedienen.

•

Hessen protestiert.

Frankfurt, 15. April. Aus Darmstadt wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Die Mitglieder der hessischen Volkskammer haben sich gestern zu einer offiziellen Besprechung hier eingefunden, um zu der durch die Besetzung weiterer hessischen Gebietsteile durch die Franzosen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Alle Fraktionen waren darin einig, daß die neuerliche Besetzung als Verletzung des Friedensvertrages zu betrachten sei. Die Maßnahmen der Regierung wurden einmütig gebilligt und die sofortige Räumung der neuerlich besetzten Gebiete gefordert.

Deutscher Protest gegen Belgien.

Berlin, 15. April. (WTB.) Die deutsche Regierung hat Anfang April in Paris eine umfangreiche Note übergeben lassen, worin nachdrücklichst Beschwerde geführt wird gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen, die die belgischen Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy zur Anwendung bringen. Vor allem gehen die Belgier gegen die Personen, die sich für Deutschland eintragen lassen, mit Zwangsmaßnahmen vor. Die deutsche Regierung sieht darin eine Verletzung des Friedensvertrags und verlangt, daß jede Beeinflussung der Abstimmenden aufhört. Die Note wendet sich endlich an den Völkerbund mit dem Ersuchen, eine Kommission zur Ueberwachung zu entsenden.

Die Lebensmitteleinfuhr aus Holland.

Durch den seit acht Wochen in Holland herrschenden Streik der Hafenarbeiter und Seeleute ist die Zufuhr von Lebensmitteln aus Holland nach Deutschland völlig ins Stocken geraten. Die Menge der Lebensmittel, die im Laufe dieser Wochen dort aufgestapelt wurden, begifferte sich nach deutschem Werte bereits auf fast 1 Milliarde Mark, davon allein für eine 600 000 Mk. Speck. Das Bedürfnis nach diesen gewaltigen Lebensmittelmengen war in Deutschland in den letzten Wochen, insbesondere nach den Unruhen der Kapp-Woche, so stark, daß trotz des Streiks ernstlich an einen Ausweg für den Abtransport der Lebensmittel gedacht werden mußte. Im Laufe der Wochen sind dann auch verschiedentlich deutsche Vertreter in Holland gewesen, um zu versuchen, den Lebensmittelabtransport durchzuführen, jedoch stets ohne Erfolg.

Auf Ersuchen einiger einflußreicher Führer der holländischen Arbeiterbewegung begab sich in der vorigen Woche eine Kommission, bestehend aus einem Gewerkschaftler und je einem Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung, nach Holland, um direkt mit den streikenden Arbeitern über die Möglichkeit des Abtransports der deutschen Lebensmittel zu verhandeln. Diese Kommission reiste mit Vollmachten des Reichswirtschaftsministeriums, so daß sie in Holland auch mit den dortigen Vertretungen der Reichsstellen Verhandlungen führen konnten.

Nach den Zusagen der Hafenarbeiterorganisationen wurde nunmehr von der deutschen Kommission aus eine Regelung mit den Reichsstellen der deutschen Transportzentrale und der österreichischen Einfuhrzentrale eingeleitet, die sehr schnell zu der Annahme der gewerkschaftlichen Bedingungen durch die deutschen Stellen führte. Die Hauptstreikforderung, daß ein Lagelohn von 8 Gulden gegenüber dem früheren von 6½ Gulden gezahlt werde, ist von den deutschen Reichsstellen bewilligt worden, so daß der Abtransport der Lebensmittel nunmehr im direkten Zusammenwirken der beiden holländischen Transportarbeiterorganisationen mit den deutschen Reichsstellen und Transportzentralen nach Deutschland und Oesterreich beginnen kann.

Nach den Beschlüssen der Organisationen und der Haltung der Unternehmer kann der Streik sich noch mehrere Wochen hinziehen. Und wenn dann der Abtransport der deutschen Lebensmittel wirklich hätte beginnen sollen, waren durch die Verseuchung des Rotterdamer und Amsterdamer Hafens noch die größten Schwierigkeiten zu erwarten gewesen, die uns nunmehr durch den vorzeitigen Abtransport erspart bleiben.

•

Amsterdam, 15. April. (WTB.) Dem Telegraaf zufolge haben die streikenden Amsterdamer Hafenarbeiter beschlossen, die für Wien und Deutschland bestimmten Lebensmittel zu löschen.

Drohender Generalstreik in Oberschlesien.

In Oberschlesien scheint sich eine Streikbewegung zu entwickeln, die zwei ganz verschiedene Ursachen hat. Es handelt sich um wirtschaftliche Forderungen gegen die Unternehmer und um eine Protestaktion gegen verschiedene Verfügungen der interalliierten Kommission, die besonders Oberschlesien bis zur Volksabstimmung betreffen. Ueber die wirtschaftliche Seite der Bewegung wird gemeldet:

In Kattowitz hatten die Angestellten-Organisationen bis Mittwochabend in Form eines Ultimatums vom Arbeitgeberverband die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt. Der Arbeitgeberverband hat gestern in einem Briefe den Angestellten-Organisationen mitgeteilt, daß er das Ultimatum in seinen wichtigsten Punkten ablehnen müsse. Da die Angestellten fest auf ihren Forderungen beharren, ist bestimmt mit dem Ausbruch eines Generalstreiks in Oberschlesien zu rechnen.

Erster scheint die politische Seite der Bewegung zu sein. Die interalliierte Kommission für Ueberschlesien hatte vor einigen Tagen eine Verfügung erlassen, wonach in Zukunft im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz neben der deutschen auch die polnische Sprache als Amtssprache zugelassen sei und daß außerdem auch polnische Beamte in den Betrieb aufzunehmen seien. In einer am Mittwoch im Eisenbahndirektionsgebäude abgehaltenen gemeinsamen Versammlung von Beamten der Eisenbahn wurde beschlossen, sofort den gesamten Eisenbahnbetrieb einzustellen, wenn die Entente nicht ihre Verordnung zurücknehme. Man ist sich in den beteiligten Kreisen über die eventuellen Folgen eines Eisenbahnerstreiks in Oberschlesien vollkommen klar und hat bereits Vorkehrungen getroffen, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. Verschiedene Anzeichen lassen befürchten, daß nationalistische Elemente sich bei dieser Bewegung in den Vordergrund schieben. Es scheint aber auch in der Arbeiterschaft zu gären. Der Oberschlesische Wanderer meldet aus Beuthen:

Unter dem Druck ihrer Anhängerschaft sehen sich die Organisationsleitungen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen genötigt, für Sonntag in allen größeren Städten von Oberschlesien größere gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Anordnungen der interalliierten Kommission zu veranstalten. Der polnische Zentralverband sagte die Beteiligung zu. Die Teilnahme der polnischen Berufsvereinigung steht noch nicht fest.

Allerdings ist aus dieser Meldung nicht recht ersichtlich, wogegen protestiert werden soll. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß polnische Verbände an einer Aktion des Deutschtums gegen Anordnungen der Entente teilnehmen werden. Der Hauptgrund der Erregung scheint die Blutlat an dem Gütervorsteher Plaszek zu sein, der von dem französischen Alpenjäger Pasenti in Oppeln erschossen wurde. Der Schlesischen Volkszeitung zufolge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200416-10/fragment/page=0002

stellte die oberschlesische Arbeiterschaft an die Volksabstimmungskommission wegen dieser Ermordung folgende Forderungen: Der Familie des Ermordeten soll eine Entschädigung von 100 000 Mark in Gold gezahlt und den Verletzten eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Kein französischer Soldat darf außerdienstlich Waffen tragen. Die französischen Befehlshaber haben darauf zu achten, daß der Bevölkerung gegenüber die Gesetze der Menschlichkeit geachtet werden. Bestrafung des Täters. Sollten diese Forderungen nicht angenommen werden, so droht die gesamte Arbeiterschaft mit dem Generalstreik. Die Ententekommission hat die Bestrafung des Täters zugesagt. Es kam aber zu blutigen Zusammenstößen mit dem französischen Militär, so daß der verschärfte Belagerungszustand über Oppeln verhängt wurde.

Gemeldet wird noch, daß sämtliche Justizbeamte, Richter und Staatsanwälte ihre Tätigkeit eingestellt haben, da die Ententekommission Ausweisungen von Richtern und Eingriffe in die Rechtspflege vorgenommen habe.

Zum irischen Streik.

London, 14. April. (WTB.) Die Dockarbeiter, die Fuhrleute, die Kraftwagenführer und ein Teil der Werftarbeiter von Londonderry sind zum Protest gegen die Behandlung der verhafteten Sinnfeiner in den Ausstand getreten. Der Verkehr zwischen den Häfen von Südwales und Irland ist eingestellt. In Limerick ist der Streik vollständig. Auch die Banken und Handelshäuser sind geschlossen. Der Zugverkehr ist völlig unterbrochen.

London, 15. April. (Reuter.) Gestern abend wurden 56 im Hungerstreik befindliche Gefangene aus dem Mountjoy-Gefängnis in Dublin freigelassen und nach dem Hospital gebracht; 24 sollen heute entlassen werden. Eine Erklärung der irischen Regierung besagt, es sei nicht beabsichtigt, die Gefangenen bedingungslos zu entlassen; doch dürfen sie sich für einen bestimmten Zeitpunkt auf Ehrenwort außerhalb des Gefängnisses einer ärztlichen Behandlung unterziehen.

Einer Reutermeldung aus Dublin (Irland) zufolge soll der Generalstreik für beendet erklärt worden sein. Offenbar hat die englische Regierung eingelenkt, wie ja auch die Freilassung der verhafteten Sinnfeiner beweist.

Die Instanzenpartei.

Bekanntlich hat sich in der rechtssozialistischen Partei unter dem Eindrucke des Zusammenbruches der Noske-Politik während der Kapp-Tage eine Opposition entwickelt, die eine Rückkehr der Partei zur grundsätzlichen sozialistischen Politik verlangt. Mit Recht forderte diese Opposition einen Parteitag der S. P. D., denn eine Partei, deren Politik einfach Schiffbruch gelitten hat, muß beraten, welchen Kurs sie nunmehr einschlagen soll. Die U. S. P., deren Politik durch die Ereignisse glänzend gerechtfertigt wurde, hat eine derartige Kursänderung nicht nötig! Aber schon vor einigen Tagen bezweifelten wir, daß die neue Opposition in der S. P. D. gegen die „Führer", die an der Spitze dieser Partei stehen, kaum erfolgreich Sturm laufen würden. Wie recht wir hatten, ergibt sich aus der Tatsache, daß die berüchtigten Instanzen, die im Parteiausschuß der S. P. D. vertreten sind, in Berlin beschlossen, keinen Parteitag einzuberufen. Die rechtssozialistische Chemnitzer Volksstimme schreibt darüber mit einer Dreistigkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt:

„Wie fast immer, so erfährt auch diesmal die Masse der Genossen im Reiche bitterwenig von dem, was in Berlin in dieser Ausschußsitzung besprochen und beschlossen worden ist. Der kurze Bericht, der der Presse zugegangen ist, läßt eigentlich weiter nichts erkennen, als daß Wels Worte der Anerkennung für Noske gefunden hat, daß man die Situationsberichte aus dem Reich entgegennahm, daß zur schneidigen Führung des Wahlkampfes ein Extrabeitrag erhoben werden muß und daß — kein Parteitag stattfinden soll. Statt dessen will man eine Reichskonferenz der Agitationsbezirke einberufen. Man erhält den Eindruck, als seien sich die leitenden Stellen unserer Partei immer noch nicht der ganz neuen politischen Situation bewußt geworden, die durch den 13. März und seine noch heute nachhaltenden mehr als beorgniserregenden Nachwirkungen entstanden sind. Für eine große politische Massenpartei ist es immer bedenklich, wichtige Entscheidungen von einem nur kleinen Instanzenkreise treffen zu lassen. Der Gesamtheit der Genossen wird dadurch das Mitbestimmungsrecht, das sie in einer nach vorbildlichsten demokratischen Grundsätzen zu verwaltenden Partei für sich beanspruchen können, in wesentlichen strittig gemacht. Das hat die verhängnisvolle praktische Folge, daß Gleichgültigkeit und Unmut entstehen, wo leidenschaftliche persönliche Anteilnahme und freudige Begeisterung der unentbehrlichsten wirkenden Kräfte sein müssen. Immerhin mag man in leidlich normalen Zeiten mit solchen Instanzenkonferenzen oft auskommen. In der gegenwärtigen Situation aber geht das nicht und dürfte sogar zu den schwersten Folgen in unserer Partei führen."

Weiter schildert der Artikel, daß die Genossen im Lande darüber lachen, wenn ihnen jetzt etwas von den vielen treugebliebenen Truppenteilen vorgeschwatzt wurde. Noske sei zur Verantwortung zu ziehen und gehöre vor einen Staatsgerichtshof! Zum proletarischen Bruderkampfe meint das Blatt, daß sich die Differenzpunkte zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen wesentlich verschoben hätten. Eine Annäherung sei eingetreten und ein Parteitag müsse eine Einigungsaktion einleiten.

Wir verkennen nicht, daß zwischen der Chemnitzer Richtung der S. P. D. und uns allerdings die Kluft der Gegensätze schmäler geworden ist, einfach aus dem Grunde, weil diese Richtung sich uns bedeutend genähert hat. Aber gerade die Klagen, die das Chemnitzer Organ der S. P. D. anstimmt, weil die Morphiumdoktoren der Partei im alten Sinne fortwursteln wollen, zeigen uns, daß die Opposition viel zu schwach sein wird, sich durchzusetzen. Links von uns Spaltung und rechts von uns Verfahrenheit und innerer Kampf! Immer mehr und mehr zeigt es sich, daß in Deutschland nur die Unabhängige Sozialdemokratie, die Partei, die den alten Standpunkt des Klassenkampfes niemals verlassen hat, berufen ist, auf dem Boden ihres klaren, revolutionären Programms die Massen des Proletariats zu sammeln.

Notizen.

Der 1. Mai in Frankreich. Der Kammer ist ein Antrag des Abg. Herald zugegangen, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeiter zu erklären.

Frauenwahlrecht auch in Belgien. Der Senat nahm mit 60 gegen 33 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht an, der auch Frauen das Stimmrecht gibt.

Bürgerkrieg in Mexiko. In Mexiko ist ein neuer Bürgerkrieg ausgebrochen. Die Regierung erklärte die Bewohner des Staates Sonora und der übrigen Staaten, die sich der Selbständigkeitsbewegung angeschlossen haben, als Rebellen und beauftragte den General Dieguez mit dem Kommando über die bereits gegen diese Staaten marschierenden Regierungstruppen. Auch die föderalistischen Staaten haben bereits ein Heer gebildet und glauben stark genug zu sein, um den Truppen Carranzas die Stirn bieten zu können.

Zur Revolution in Guatemala. Aus Washington wird gemeldet, daß in Guatemala ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Präsident Cabrera soll das Land verlassen.

England ratifiziert den Frieden mit Oesterreich und Bulgarien. Die den Friedensverträgen mit Oesterreich und Bulgarien Wirkung verleihenden Gesetzesvorlagen wurden in zweiter Lesung mit 146 gegen 34 Stimmen angenommen.

Militärgerichte und Kinozensur.

Nationalversammlung.

Nach dem stürmischen Schlusse der Mittwochssitzung verlief die Donnerstagssitzung verhältnismäßig ruhig. Genosse Braß ließ den Kriegsminister mit seinen Angriffen in der Mittwochssitzung eine gute Abfuhr zuteil werden. Der Kriegsminister hatte behauptet, um sich aus der Schlinge zu ziehen und die Aufmerksamkeit von den Mißständen abzulenken, die durch das Eindringen der Reichswehr in das Ruhrgebiet entstanden sind, die Behauptung aufgestellt, Braß habe unzulässige Beziehungen zu Entente-Vertretern unterhalten.

Von den Reaktionären wurde dieser hingeworfene Bissen aufgeschnappt, wie von einer hungrigen Meute; konnte es etwas Besseres geben, die Aufmerksamkeit von den Kapp-Putschisten dadurch abzulenken, daß man die Unabhängigen verdächtigt. Genosse Braß war aber in der Lage, sofort auf das Bündigste zu erklären, daß die Unterstellungen des Kriegsministers und des ihm folgenden Justizministers durchaus unzutreffend sind. Er hat mit der Rheinlandkommission nur verhandelt über die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge, die sich vor den deutschen Militäristen in das besetzte Gebiet retten mußten. Schlimm genug, daß deutsche Arbeiter Schutz vor der eigenen Soldateska dort suchen müssen, wo fremdes Militär die Herrschaft in der Hand hat.

In die Donnerstagssitzung spielten die gestrigen Vorgänge nur noch durch einige persönliche Reibereien hinein, die sich zwischen dem Justizminister und den Rechtsparteien bei Beratung des Gesetzes über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zeigte. Von der unabhängigen Fraktion vertrat Genosse Seeger den Standpunkt der Partei zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Er wurde dann eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte erledigt. Zum Schlusse nahm die Nationalversammlung die zweite Beratung des Lichtspiel-Zensurgesetzes vor, wozu Genosse Düwell den Standpunkt der Fraktion darlegte. Zu den einzelnen Paragraphen nahm auch die Genossin Zietz das Wort. Die Vorlage, wie sie im Ausschusse gestaltet worden ist, wird von der unabhängigen Fraktion abgelehnt.

•

Verhandlungsbericht.

162. Sitzung. Donnerstag, den 15. April, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzes über

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Warmuth (Dn.): Die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gerade im jetzigen Augenblick ist unzweckmäßig, weil noch etwa 10 000 Reste vorliegen. Den bürgerlichen Gerichten fehlt die nötige Sachkenntnis.

Abg. Stücklen (Soz.): Wenn die Rechte mit den Wahlen hätte warten wollen bis zum Herbst, dann wäre die Möglichkeit dagewesen, alle von ihr gewünschten Gesetze noch zu erledigen. (Sehr richtig! links. Zurufe des Abg. Schultz (Dn.): Wir brauchen ja nicht alle zu erledigen.) Wir haben nicht die Aufgabe, die Gesetze fertig zu machen, die Sie wollen, sondern die die Mehrheit für notwendig hält. Der Prozeß Marloh ist eins der traurigsten Zeichen für den Niedergang der Militärgerichtsbarkeit; bei dieser ist zweifellos eine gewisse passive Resistenz eingetreten. (Sehr richtig! links.) Früher war der Militarismus ein Staat im Staate mit seinen eigenen Gesetzen, Gerichten und Ehrengerichten. Die Wehrmacht soll jetzt aber ein Teil des Volkes sein; darum muß die militärische Sondergerichtsbarkeit beseitigt werden. Ebenso muß aber auch das Militärstrafgesetzbuch verschwinden. Wir verlangen, daß beim Zusammentritt des neuen Reichstags auch ein neues Reichsstrafgesetzbuch vorgelegt wird. Die Notwendigkeit für ein gewisses Disziplinarstrafrecht der Vorgesetzten ist natürlich vorhanden, aber es muß auf ganz geringe Vergehen des Untergebenen beschränkt werden, wie Faulheit u. a.. Daß die bürgerlichen Gerichte aber obendrein noch unter eine

militärische Kontrolle

gestellt werden sollen, ist ganz unerhört. (Zustimmung links.) Zu jeder Verhandlung soll nämlich der militärische Befehlshaber ein oder mehrere Kommissare entsenden können. Das ist eine Beeinflussung der Gerichte, und deshalb müssen die Kommissare aus dem Gesetz unter allen Umständen beseitigt werden. Sollen etwa nur neue Stellen geschaffen werden, in die gewisse Leute hineingeschoben werden sollen? Weiter soll die Untersuchungshaft schon verhängt werden können nur im Interesse der Disziplin und Berufung gegen die Urteile in Militärsachen dürfen nur bei den militärischen Vorgesetzten eingelegt werden. Das müssen wir ablehnen. Auch die Disziplinarordnung muß auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Ich beantrage Verweisung an den Ausschuß. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf zu Dohna (D. Vp.): Warum wird dieses Gesetz, wie so viele andere, übers Knie gebrochen? Es hätte Zeit bis zur allgemeinen Justizreform. Wir sind schon deshalb gegen das Gesetz, weil wir kein Vertrauen zum Justizminister haben. (Beifall rechts. Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Falk (Dem.): Der Justizminister wird trotz des Mißtrauens der F. Vp. ruhig schlafen können. Herr Graf zu Dohna, Sie sind ja Professor des Rechts. Sie haben behauptet, Sie wollten die Machtsphäre des Justizministers nicht erweitern. Diese wird ja durch das Gesetz gar nicht erweitert. Herr Jurist! Die Vorfälle bei der Marburger Universität zeigen direkt nach einem raschen Eingreifen. Wir beantragen Ausschußberatung.

Abg. Seeger (USP.): Das Gesetz entspricht noch lange nicht unseren Forderungen. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages brauchen wir nicht zu warten, bei gutem Willen läßt sich auch in kurzer Zeit ein gutes Gesetz schaffen. Der Ausschuß wird noch viel Arbeit an dem Gesetze leisten müssen.

Reichsjustizminister Radbruch: Was Graf zu Dohna gesagt hat, wird zum großen Teil wohl noch der Reif von dem Schmutzkübel, den gestern der Abg. Dr. Kahl über mich entleert hat. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Die

Kriminalität in unserer Wehrmacht

ist in erschreckendem Maße gestiegen, sie verhält sich in Dresden wie 15 zu 1 gegenüber den Friedensverhältnissen. Der Personalmangel führt zu den größten Mißständen. Wir müssen also baldigst eingreifen. Den sonstigen Anregungen werde ich, soweit wir möglich, Rechnung tragen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Schultz (Dn.): Wir haben schwere Bedenken gegen die Vorlage. Die Militärgerichtsbarkeit hat sich glänzend bewährt; sie muß fortbestehen. Von bestimmten Plänen hat Nuttwitz den Führern der Rechtsparteien keine Mitteilung gemacht.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Ich habe gestern bemerkt, der Ton einer Rede ist abhängig von dem Bildungsgrad. Der Justizminister wollte wohl diese Auffassung durch seine deutige Schmutzbemerkung nur bestätigen. (Unruhe.)

Der Gesetzentwurf geht an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern. — Das Gesetz zur Aenderung der Schaumweinsteuer, wonach diese 12 Mk. für die Flasche und für Fruchtschaumwein 3 Mk. betragen soll, wird in allen drei Lesungen angenommen. — Ein Antrag des Ausschusses für Wohnungspolitik, der einheitliche Maßnahmen zur Regelung der Produktion, der Beschaffung und Bewirtschaftung von Baustoffen fordert, wird angenommen. Ebenso ein Ausschußantrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Baukostenausgleichsbeträge.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele (Filmzensur).

Abg. Ende (Dem.): Die Abneigung gegen das Kino gründet sich hauptsächlich auf die Filmreklame, die in der Tat zu vielen Bedenken Anlaß gibt. Allerdings bestehen auch sonst

Auswüchse des Filmwesens.

In einer Münchener Frauenklinik hat die Hälfte der jugendlichen Wöchnerinnen den Verführer im Kino kennengelernt. (Hört, hört!) Aber es darf nicht vergessen werden, daß das Kino sich zu einem Kulturfaktor entwickeln kann. Die Vertreter der Kunst und der modernen Jugendbewegung sollen bei der Zensur mitwirken. Hoffentlich können wir bald das Filmgesetz wieder aufheben, sobald das Kino ein Tempel wahrer Bildung und reiner Freude sein wird.

Abg. Frau Weber (Ztr.): Die Nationalversammlung kann am Kino nicht vorbeigehen. (Große Heiterkeit.) Für die Sozialisierung ist das Kino noch nicht reif, deshalb müssen wir die Reform auf dem Wege der Gesetzgebung versuchen.

Abg. Frau Wende (D. Vp.): Wir erhoffen von dem Gesetz, daß es die Darbietungen des Films verbessert.

Abg. Krüger (Soz.): Die Filmindustrie hat bereits eine Selbstzensur geschaffen, diese hat aber nicht den Erwartungen entsprochen, die das deutsche Volk mit Recht an eine solche Zensur stellen kann. Trotzdem können wir uns nur schweren Herzens zu einer Zwangszensur verstehen, denn wir wollen eine solche prinzipiell vermeiden. Ein Filmverbot darf nur den Zweck haben, das Volk vom Schmutz und von Brutalität zu befreien, niemals **darf ein Filmwerk durch die Zensur aus politischen, sozialen, religiösen oder Weltanschauungsgründen verboten werden.** Wir hoffen, daß durch die Regierungsvorlage die berufenen Kreise, die auf kulturellem Gebiet die Führer des Volkes sind, auch gleichzeitig die Zensoren des Films werden. Wir sind froh darauf, daß gerade die Jugendorganisationen im Kampf gegen den Schund ihren Mann gestanden haben. Eine endgültige Besserung wird übrigens auch durch das vorliegende Gesetz nicht erzielt werden. Die Bildung und Veredelung des Geschmacks des Volkes wird dafür sorgen, daß die Hersteller von Schund überhaupt keinen Absatz mehr finden. Dazu brauchen wir die Mitarbeit der Presse und der Bildungsorganisationen, aber auch Vorführungen guter Filme in Stadt und Land. Der Film darf nicht nur ein Volksunterhaltungsmittel, sondern muß auch ein Bildungsmittel im edelsten Sinne des Wortes werden. Wir werden, so schwer es uns auch wird, für das Gesetz eintreten.

Frau Abg. v. Gierke (Dn.): Der Film in seiner heutigen Gestalt wirkt der sittlichen Wiedergeburt unseres Volkes entgegen. Das Gesetz läßt viele von uns aufgestellte Wünsche unerfüllt.

Abg. **Düwell** (USP.): Der vorliegende Gesetzentwurf macht keine gründliche Arbeit. Wir sind Gegner jeder Zensur, erkennen aber an, daß gegen die Auswüchse im Film irgend etwas geschehen muß. Die Filmfabrikanten nützen die gegenwärtige Demoralisation des Volkes aus und verschlimmern noch die Verwilderung.

§ 1 wird angenommen. Es wird dazu beschlossen, daß auch die für das Ausland bestimmten Filme unter das Gesetz fallen. Die Bestimmung, daß die Zulassung versagt werden soll, wenn durch den Film die Religion oder religiöse Einrichtungen herabgewürdigt werden, wird auf Antrag Arnstadt (Dn.) dahin geändert, daß alle Bildstreifen verboten sind, die bei religiöse Empfinden verletzen. Nach § 3 bedürfen Bildstreifen, zu deren Vorführung Jugendliche unter 18 Jahren zugelassen werden sollen, besonderer Zulassung. Ein Antrag eines Teiles der Demokraten fordert hier die Festsetzung des 17. Lebensjahres entsprechend der Regierungsvorlage.

Abg. Frau Zietz (USP.) erklärt sich

gegen jede Zensur

und auch gegen die Festsetzung einer Altersgrenze. Die Filmindustrie muß sozialisiert und kommunalisiert, darf aber nicht unter Zensur gestellt werden, denn die Zensur wird doch nur in politischem Sinne ausgenutzt werden.

Abg. Krüger (Soz.): Ob die Sozialisierung der Filmindustriebetriebe möglich ist oder nicht, ist noch nicht gewiß. Beim Kommunalisierungsgesetz ist übrigens auch die Kommunalisierung der Kinos ins Auge gefaßt.

§ 3 bleibt unverändert, die Altersgrenze bleibt also 18 Jahre. Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Sozialisierung der Bildstreifenherstellung und über die Befugnis der Gemeinden zur Kommunalisierung der Vorführungen bis zum Ablauf des Jahres 1920 (eine beträchtliche Minderheit ist dafür), im wesentlichen unverändert angenommen. Im Anschluß daran wird das Gesetz auch in dritter Lesung angenommen. — Das Haus vertagt sich auf Freitag, 1 Uhr: Kleine Vorlagen. ä. V. Aufhebung der Vorschulen.

Hölz ist entkommen!

Die Besetzung des Vogtlandes schreitet vorwärts. Inzwischen ist auch Falkenstein, der Sitz des Hölzschen Aktionsausschusses, von der Reichswehr erreicht worden. Es wird gemeldet, daß allein am Mittwoch in dieser Gegend 100 Verhaftungen „verdächtiger" Personen vorgenommen wurden. Man kann nur hoffen, daß das Militär sich anders benimmt als im Ruhrrevier und nicht unschuldige Menschen aus Rache festnimmt und gar mißhandelt. Die Bevölkerung ist durchaus ruhig, uns es wird überall geatmet.

Amtlich wird gemeldet: Bei den gestern gemeldeten Zusammenstößen mit der Holzbande südlich Rautekranz hatten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der dabei gemachten Gefangenen hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 800 Gewehre und verschiedene Personenkraftwagen, darunter der des Hölz mit dessen Hut. Hölz selbst ist entkommen, angeblich in Frauenkleidung. Die Bahnlinie Falkenstein—Klingenthal ist an mehreren Stellen durch Brückensprengungen und Zerstörung der Gleise unterbrochen worden. Teile der in Klingenthal eingerückten Truppen befinden sich im Vormarsch auf Johanngeorgenstadt. Bei der Annäherung der Truppen hat der Aktionsausschuß in Burgstadt die Stadt gestern mittag verlassen. Leutersdorf und Umgebung wurden gestern nachmittag, Hohenstein-Ernstthal heute morgen kampflos besetzt. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau ist gestern nachmittag der Ausnahmezustand verhängt worden. In Zwickau haben die Arbeiterräte 137 Stimmen für und 81 Stimmen gegen den Generalstreik abgegeben. Eine Urabstimmung in den Betrieben ergab 23 000 gegen und 8000 Stimmen für den Streik.

Plauen i. V., 15. April. (WTB.) Von Jößgersgrün wurden gestern abend 120 Notgardisten in zwei Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren über Adorf nach Oelsnitz abtransportiert. — In Klingenthal haben sich die Fabrikanten freiwillig bereiterklärt, die Streikkasse zu bezahlen. Man hofft, daß die Arbeit heute wieder aufgenommen werden wird.

Allerlei.

Einbruch in den Dom von Hildesheim.

In die Domkammer zu Hildesheim ist, wahrscheinlich am Montagabend, eingebrochen worden. Die Diebe haben eine Mauer durchbrochen und aus dem Domschatz folgende Mertgegenstände entwendet: zwei bronzene Bernardleuchter, die eine Nachahmung der silbernen Originale darstellen, eine goldene Mutter-Gottes-Statue, die 52 Zentimeter hoch ist und neben dem Gold auch einen bedeutenden Kunstwert besitzt, eine vergoldete Patena, vier silbervergoldete Kelche und zwei silbervergoldete Monstranzen von bedeutendem Wert. Damit sind von den 80 Kunstgegenständen des großen Domschatzes 10 entwendet worden, deren Wert sich gar nicht schätzen läßt. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Krkporek; für Aus der Provinz und Versammlungsbericht: Johann Zanssen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200416-10/fragment/page=0003

Versammlungsanzeiger U. S. P. D.
Halle und Saalkreis.
Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Distrikts-Versammlungen.

Merkewitz und Umgegend.
Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, bei Schaaf in Westewitz.

Lochau.
Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Schulze.

Oeffentliche Versammlung.
Wettin.
Sonnabend, den 17. April, abds. 8 Uhr, im Kleinen Schweizerling.
Tagesordnung:
Der Kampf gegen die Konterrevolution.
Redner: Genosse Bürger, Halle.
398 Der Vorstand.

Erstaufführung! Das mit großer Spannung aufgenommene Schauspiel:

Die gelbe Fratze!

In der Hauptrolle: **Friedrich Zelnik.** -:- -:- **6** Akte.
Vorführung: 4.40 6.45 8.55. 402
Gr. Ulrichstr. 51. Fernruf 4681.
Die Champagnerfee, Lustspiel in 2 Akten.
Wochentags Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8.20 Uhr.

Zirkus Sonnabend und Sonntag Je 2 Vorstellungen.
Nachm. Beginn 3 Uhr, abends 7 Uhr. 386
Nachmittags ermäßigte Preise.
Das große Zirkus-Programm.
Auch nachmittags:
Gadbin der Herr des Todes.
GEBR. BLUMENFELD MAGDEBURG

U.T

Leipziger Straße 68 Fernruf 1224.
Ellen Richter
in dem großen Film-Drama in 5 Akten
„Die letzten Kolczags!"
Vorführ.: 4.50 7.00 9.20.
Leo Peukert
in dem Schwank in 3 Akten
„Leo und seine zwei Bräute."
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. 392
Mascotte.
Drama in 4 Akten nach dem bekannten Roman **Die Ballhaus-Anna.**
Aus dem Inhalt: Anna, d. Streichhols-Verkäuferin. — Im Hause Wahrendorffs. — Einem ungewissen Schicksal entgegen. — Die berühmte Ballhaus-Anna. — Ein Wiedersehen m. Wahrendorff. — Dem Glück entgegen. — Die Rache. — Ruiniert. — Das tragisch, Ende d. Ballhaus-Anna.
Vorführ.: 5.00 7.10 9.30.
Das gefährliche Spiel.
Spannender Kriminalfilm in 3 Akten.
Vorführ.: 4.10 6.20 8.30.
Die neuest. Wochenber.
Beginn 4 Uhr.
Die Abendvorstellungen beginnen 8¹⁵ Uhr.

---

5 Alearinstraße 5
Ecke Hallmarkt.
Einzel-Möbel
jeder Art zu noch alten Preisen gibt ab an Vorzeiger dieser Annonce
Emil Winkel.

Walhalla-Operett.-Theater. 401
Anfang ½8 Uhr: Letzte 4 Tage:
Eva.
Dienstag: Première!
Eine Nacht in Venedig
Meisteroperette d. Walzer-Königs Johann Strauß.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Apollo-Theater
Heute, 7½ Uhr, zum letzten Male: Die 396
kleine Hoheit.
Sonnabend zum 1. Male:
Ehrenabend für Fritz Schulz
Das Glücksmädel.
Vaudeville v. Schwartz.
Sonntag z. 2. Male:
Das Glücksmädel.
Vorverk. 9—1 u. 5—6.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Polsterwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 5

Futterrüben,
in Fuhren und in einzelnen Zentnern abzugeben.
H. Bernstein.
296 Tel. 1978.

Stadttheater.
Sonnabend, den 17. April, abends 7½ Uhr:
VI. Konzert.
II. Konzert der Robert Franz-Singakademie.
Missa solemnis
von Beethoven. 394
Leitung:
Prof. Alfred Rahlwes.
Sonntag nachmittag:
Nora.
Sonntag abend:
Der Wildschütz.

Schutzmittel! 398
(Wenn s. p. Kinder! ?)
Aerztl. empfohlen. Preisliste verschloss. geg. 50 Pf. bch. Versandh. Germania Halle, Landsbergerstr. 5.

Echt Porzellan-Kaffee-Service in grosser Auswahl!! 404
mit reichhaltigen Dekoren bringe preiswert zum Verkauf!
Teller echt Porzellan. **Lobel.** Steinweg 45. Grillnchstr. 9. Reilstef. Ammendorf Bahnhofstr. echt Porzellan Tassen

---

Dauerhafte 310
Portemonnaies
in prima Leder noch sehr preiswert.
H. Krasemann,
nur Schmeerstr. 19.

Handtasche
m. Schlüssel u. Uhr verlor. Geg. hoh. Belohn. abzug.
H. Gralchen, 400 Große Ulrichstr. 38

Wohnzimmer
(Eiche)
385 sowie
einige Chaiselongues,
alles neu, verkauft
Geiststr. 39 I. Etg.

Geflügel-Preisskat.
Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr.
Freundlichst ladet ein
A. Thate,
381 Berliner Straße 31.

Ehrenerklärung.
Nehme die Gerüchte, die ich gegen den Straßenbahnschaffner Herrn Hermann Papendorf, Dienste, verbreitet habe, reuevoll zurück, da diese auf Unwahrheit beruhen. 399
Ferd. Streeker.

Bettnässen
wird **sofort** beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Ausk. nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. *5
Dr. med. **Th. Eisenbach, München**
Schwanthalerstr. 48/A. 30.

Echt Nordhäuser
:: Kautabak ::
reinen Rauchtabak,
deutsche Zigaretten
von **20 Pf** an, empfiehlt
G. Stoermer, Liebenauerstr. 13. 379

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24.
Des berühmten
Detektivs Joe Deebs
Abenteuer mit Tänzerin und Falschmünzer in Spanien:
„Tamburin und Kastagnetten."
378 Erst-Aufführung. 4 Akte.
Ausserdem noch bis Sonntag:
Opfer des Lasters.
Kultur-Tragödie.

Druck- und Musselinwäsche, Baby- und Bettwäsche, bunt u. weiß, verk. Liebenauerstr. 9, prt. r. 1998

Zu verkaufen: 888
Tisch, Bettkto, Militärschuhe, Nr. 28. Horn, Magdeburger Str. 6, H. p.

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts
Volksbuchhandlung.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Lumpen, Papier, Altoisen 390
kauft zu höchsten Tagespreisen
Tel. 4212. **Alfred Rein,** Tel. 4212.
Königsberg 5 und Gr. Brunnenstr. 14.

Transportgurte
gebrauchte, für Pantoffelfabrikation verkauft in jeden Mengen *131
J. Sternlicht :: Alter Markt 11.

Altkleiderstelle.
Kaufe zu höchst. Preisen Möbel, Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, Brismengläser, Uhren, Werkzeuge, Pfandscheine.
F. Hennicke, 62
Kl. Ulrichstr. 15. Tel. 4414.

Große Auswahl in
Hosenträgern,
durchweg Gummi, preiswert im Leipziger Bazar, Leipziger Str. 17. *4

Lumpen, Wolle, Rentuch Kaninchenfelle, Vogier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 61
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Anschlagkarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Der Panzer-Kragen
echte dicke Dauerwäsche
Dauerwäsche-Vertrieb W. Berlin 2
377

Haltbare
Geldschein-Taschen
:: in Leder ::
noch äußerst :: preiswert ::
H. Krasemann,
nur Schmeerstr. 19.

Zum 1. Mai 1920
erscheint im Verlag „Freiheit" eine illustrierte
Maifest-Zeitung
als Sonderausgabe der „Freien Welt".
Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.
Unsere Austräger bitten wir, sofort ihren Bedarf angeben zu wollen, da bereits Mitte April mit dem Versand begonnen wird.
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Heute: Frische Seefische.
Scholle, Pfund **Mk. 2,—,**
Kabeljau ohne Kopf, **Mk. 2,50,**
Seelachs ohne Kopf, **Mk. 2,50.**
Feinste Norweger
Voll-Fettbücklinge,
ger. Seelache, Schellfisch
Makrelenbücklinge,
Sprotten. 403
Karl Pfeiffer,
Neumarkt-Fischhalle,
Halle a. d. S., Geiststraße 33.
Eigene Kühlanlage.

MCF
Mitteldeutsche Zigaretten- und Tabakfabrik
D. Felixbrodt.
Kleinverkauf: Geiststr. 26.
Wir empfehlen:
Zigarren von **75** Pf. und
Zigarillos von **45** Pf. an.
Zigaretten aus reinen Orienttabaken hergestellt, in allen Preislagen.
Gastwirte und Wiederverkäufer erhalten Marken eigener Fabrikation zu Original-Fabrikpreisen.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche **waschen?** noch in der **Nur Dauerwäscherei Italoria**
Halle a. S. **Marienstrasse 2**
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt
Fernsprecher 5692 8

Echter Kautabak
garant. reiner Blättertabak mit Nordhäuser Beize, große feste Rollen
100 Rollen 115 Mk.
20 Proberollen 25 Mk.
ab hier geg. Nachnahme. Größere Posten Sonderangebote. Garantie für tadellose Ware. *86
Hentrich & Heyne,
Kautabakfabrik.
Leipzig 21, Hainstr. 31.

Haltbare
Schuhsenkel
empfiehlt preiswert
Leipziger Bazar,
Leipziger Str. 17. *3

Futterrüben
in großen und kleinen Posten verkauft laufend
Paul Otto,
Königstraße 71. 340
Seit 1. April Tel. 6807.
Mittagstisch v. 2,50 an.
Restaurant 2 Türme.
Geiststraße 23. 294

Gangbare *186
Klempnerei,
sofort zu pachten, eventl. später zu kaufen gesucht, am liebsten in alle od. Umgeg. Angeb. sind zu richten an Bauklempner- und Installationsgeschäft von **Max Wimmer,** Bolzweilig, Kr. Bitterfeld.

Arbeitsmarkt

Mehrere Arbeiter, darunter einige **Zimmerleute** für Abbruchsarbeiten sucht *154
Steinwerk Schwerz b. Niemberg.

Rockschneider
finden Beschäftigung.
*157 Schwarz & Tillig.

Möbel-Transporte
sowie **Speditions-fahren** führt sachgemäß aus Alb. Ackermann, Thomasiusstr. 15. Tel. 6643

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200416-10/fragment/page=0004

Rüstet zur Maifeier!

Halle und Saaltreis.

Halle, den 16. April 1920.

Was geht vor?

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Hallischen Militaristen, genau wie ihre großen Vorbilder Lüttwitz-Bischoff, das freventlich begonnene Spiel noch lange nicht verloren geben. Allerhand militaristische Unternehmungen sind im Gange, um zu gegebener Zeit einen neuen gegenrevolutionären Putsch mit besseren Erfolge zu wagen. So ist in den letzten Tagen zur nächtlichen Stunde durch den Panzerzug massenhaft Munition aus Torgau nach hier transportiert und während der Nacht nach den Kasernen und sonstigen „Stützpunkten" geschafft worden. Die Munitionsbestände des Artilleriedepots in Bessen wurden gleichfalls an einen anderen Ort geschafft. Die Zeitfreiwilligen, die sofort entlassen und bis spätestens 15. April entwaffnet sein sollten, treiben draußen auf dem profanen Blicken entrückten Flugplatz immer noch ihr Unwesen. Gestern wurden durch militärische Gespanne aus vielen Studentenwohnungen Gegächtnisse abgefahren; es scheint, daß die Absicht besteht, die Zeitfreiwilligen nach anderen Orten zu bringen, wo sie auf dieselbe Weise „aufgelöst" werden sollen, wie die Baltikumer im Munsterlager.

In aller Stille ist die Hallische Garnison „umgruppiert" worden. Das Reichswehrpionierbataillon 16 hat Halle verlassen und ist nach Wittenberg gerückt. Die dortige Garnison hat in den Putschtagen vernünftigerweise ihre aufrührerischen Führer zum Teil abgesetzt und sich nicht an den Kämpfen gegen die verfassungstreuen Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligt. Das muß gerächt werden. Um diese Exekution durchzuführen und die regierungstreuen Soldaten zu schurigeln, ist ein Teil der berüchmten „verfassungstreuen" Hallischen Garnison nach Wittenberg entsandt. Einzelne Abteilungen des Maercherschen Freiwilligen Landesjägerkorps sind innerhalb der Garnisonsorte ausgewechselt worden, zum Teil steht die Veränderung noch bevor. Ganz harmlos läßt das Garnisonkommando der hiesigen Kappistenpresse „hören", daß die Absicht bestehe, die Hallische Garnison allmählich mit Truppenteilen anderer Städte umzutauschen. Welcher Art dieser Umtausch sein soll, geht aus den uns gewordenen Mitteilungen hervor, nach denen Halle mit Baltikumtruppen aus Insterburg beglückt werden soll. Man scheint den doch immerhin als zuverlässig bekannten Maerdertruppen auch nicht mehr so recht zu trauen.

Wie sicher sich die Herren Militaristen fühlen, geht daraus hervor, daß der von uns mehrfach als scheußlicher Mörder gekennzeichnete Leutnant Hoppe noch immer nicht hinter Schloß und Riegel sitzt, vielmehr in unglaublich herausfordernder Weise durch die Straßen der Stadt stolziert und durch sein gespreiztes Wesen zu provozieren versucht. Wir haben auch noch nichts davon gehört, daß etwas gegen die Massenmörder unternommen worden wäre, die von ihren stahlgepanzerten Autos heraus Tod und Verderben unter die unschuldige, friedliche Bevölkerung geschickt haben. Die in der Konferenz im Rathaussaale von dem Reichskommissar Hörsing bestimmt zugesagte Bestrafung der Schuldigen an den Greueln in Halle steht anscheinend nur auf dem Papier. Auf der anderen Seite ist der Staatsanwalt eifrig bemüht, nach denjenigen Teilnehmern an den Märzkämpfen zu fahnden, die ihm das aus allen Kanälen kriechende Gewürm der Denunziation zutreibt, oder die gegen irgendein Gesetzlein verstoßen haben sollen. Die Hochverräter in Uniform hingegen erfreuen sich sämtlich noch des besten Wohlbefindens und der goldenen Freiheit. Wir fragen den Polizeikommissar von Halle und den Reichskommissar Hörsing: Was ist bisher geschehen, um die hochverräterischen Frevler zur Verantwortung zu ziehen?

Eine ganz besondere Rolle spielt die unter der Leitung des bekannten Reaktionärs Dr. Frenzel stehende Hallische Einwohnerwehr, die sich während der Putschtage in gegenrevolutionärem Sinne so wunderbar bewährt hat, daß sie des heißen Dankes aller monarchistischen Organisationen Halles teilhaftig wurde. Jedes Kind in Halle weiß, aus welchen Kreisen sich diese famose Wehr zusammensetzt; es war daher durchaus begreiflich, daß auch die Demokraten sich der von unseren Genossen in der Militärkommission gestellten Forderung auf sofortige Umformung der Einwohnerwehr anschlossen. In einer am 19. März einberufenen Sitzung sollten die Formalitäten beraten werden, unter denen Angehörige der Unabhängigen, der rechtssozialistischen und der demokratischen Partei in die Einwohnerwehr aufgenommen werden sollten. Die unter das Mißlingen der Militärrevolte ergrimmten Reaktionäre sorgten durch geschickte Maßnahmen, daß die Sitzung aufflog. In allen späteren Verhandlungen, die bis in die letzten Tage geführt wurden, hat die Säuberung der Einwohnerwehr von allen verkappten Monarchisten eine Hauptrolle gespielt, und doch ist die Angelegenheit noch nicht einen Schritt weitergebracht. Woraus man recht deutlich ersehen kann, daß nunmehr auch die Herren Demokraten, wie in verschiedenen anderen Dingen, Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen und kein großes Interesse an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtung mehr haben.

Als die Nachricht von der allgemeinen Auflösung der Einwohnerwehr bekannt wurde, erklärte der Hallische Zentralausschuß sofort, daß die Wehr in ihrem Bestande in keiner Weise angetastet sei und daß nur Nachrichten Glauben geschenkt werden dürfe, die direkt vom Zentralausschuß verbreitet würden. Die reaktionären Drahtzieher in der Wehr denken nicht daran, die Arbeiterschaft aufzunehmen, man will, wie in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung ausgeplaudert wurde, lediglich einen Rechtssozialisten in den Wehrausschuß aufnehmen, um zu beweisen, daß alle Kreise der Hallischen Bevölkerung in der Einwohnerwehr vertreten seien. Man will zu diesem Zwecke ein Mitglied des Ausschusses in die SPD. hinsetzen, um die Täuschung recht wirkungsvoll zu machen. Man sieht, die Kappianer schrecken vor nichts zurück, wenn es gilt, ihre Zwecke zu erreichen. Nach ihrem Willen soll die Einwohnerwehr bleiben wie sie ist, das heißt: eine zuverlässige Sturmtruppe der militärischen Reaktion. Die „Flauen", die sich weigerten, in den Sturmtagen als Angehörige der Streikkompagnien auf verfassungstreue Arbeiter zu schießen, sollen ausgeschlossen werden. So sieht die hoch und heilig versprochene „Umformung" der Einwohnerwehr aus.

Nur diese wenigen Beispiele sollen heute angeführt sein, um die großen Gefahren aufzuzeigen, die uns bedrohen. Die Reaktion arbeitet fieberhaft. Das im Kampf erprobte Proletariat muß sich daher bereithalten. Rascher, als vielleicht heute mancher denkt, wird es notwendig sein, daß scharf zugepackt werden muß, wenn nicht alles in die Brüche gehen soll. Wenn wir gesunden wollen, dann muß erst der Eiter von den Wunden entfernt werden. Das ist der von Noske gezüchtete Militarismus mit seinen Nebenerscheinungen und das von ihm abhängige Regierungssystem.

Ein Wort in ernster Stunde.

Es ist wirklich angebracht, in dieser ernsten Zeit ein kräftiges Wort zu reden über die Streiche, die sich die Hallische Polizei in den letzten schweren Wochen und Monaten hat zuschulden kommen lassen. Als infolge des törichten Eberterlasses das Volksblatt durch den damals schon mit hochverräterischen Plänen beschäftigten General Maerder auf sechs Wochen brutal unterdrückt und jede Meinungsäußerung unmöglich gemacht wurde, gab die Bezirksleitung der USP. ein Flugblatt heraus. Das Flugblatt trug die Ueberschrift: „Ein Wort in ernster Stunde" und wies die Schuld der Noske-Bauer-Regierung an den blutigen Vorgängen vor dem Reichstag — die bekanntlich zur Verhängung des jetzt endlich zum Teil aufgehobenen Ausnahmezustandes dienen mußten — nach, und forderte die Parteigenossen im Lande auf, Ruhe zu bewahren und sich durch die Machinationen der Militaristen nicht provozieren zu lassen. Die politische Polizei, die stets hilfbereit bereit stand, wenn es galt, der Reaktion Vorschub zu leisten, inhibierte den Druck, da sie Tag und Nacht die Druckerei des Volksblattes bewachte, und beschlagnahmte schließlich etwa 12000 Stück der Flugblätter. Auf die sofort eingelegte Beschwerde ist dem Herausgeber, Genossen Banse, jetzt folgendes Schreiben zugegangen:

„Die im Januar 1920 durch die Polizeiverwaltung stattgefundene Beschlagnahme von 12000 Stück Flugblättern „Ein Wort in ernster Stunde", ist durch die hiesige Staatsanwaltschaft nicht aufrechterhalten worden. Es wird Ihnen anheimgestellt, die hier lagernden Flugblätter an einem der nächsten Tage im Polizeiverwaltungsgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 30, gegen Empfangsbescheinigung abholen zu lassen. J. V.: gez. Unterschrift."

Bedarf es noch eines Beweises dafür, daß es allerhöchste Zeit war, dem unerhörten Treiben der politischen Polizei ein Ende zu bereiten? Was nutzen dem Genossen Banse jetzt die inzwischen veralteten Flugblätter? Sie sind wertlos! Die Polizei und General Maerder haben aber ihren Willen durchgesetzt, nämlich zu verhindern, daß die Oeffentlichkeit die volle Wahrheit über die bedauerlichen Berliner Vorgänge und die Vorbereitungen der Putschisten erfuhr. Der Skandal wird aber noch um ein gewaltiges schlimmer durch die Tatsache, daß der Geschäftsführer der Volksblattdruckerei durch General Maerder wegen „verbotswidrigen" Druckens von Flugblättern in eine Geldstrafe von mehreren Tausend Mark genommen worden ist.

An alle Kriegsopfer!

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Kriegsgefangene organisiert euch!

Millionen von Kriegsopfern hatten bei Abschluß des furchtbarsten Verbrechens der Weltgeschichte, welches so unendlich großes Elend über das deutsche Volk gebracht hat, gehofft, daß nun endlich das Sprichwort: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!" in Erfüllung gehen würde. Trotz der politischen Umwälzung im November 1918, durch welche Deutschland eine „sozialistische" Regierung erhielt, von der erwartet werden mußte, daß sie mit Verständnis für die große Not der Kriegsopfer übrig habe, sind alle diese Hoffnungen trügerische gewesen. Die „republikanische" Regierung im „freien" Deutschland hat trotz aller auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge gemachten Vorbereitungen keine wesentlichen Zugeständnisse, die die unendlich große Not aller Kriegsopfer einigermaßen lindern sollten, machen können. Und warum? Einzig und allein durch die unglückselige Kompromißpolitik der ehemals „sozialistischen" Regierung, welche eine bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition erstehen ließ und alle Anträge der der arbeitenden Klasse angehörigen Kriegsopfer, auf Erhöhung und Gleichstellung aller Rentengebührnisse, mußten demzufolge an dem Widerstande des bürgerlichen Blocks zerschellen. Und so wurde fast gar nichts für die armen Kriegsopfer getan, obgleich ihre unzähligen Notschreie an das Ohr der Regierung drangen. Die Kriegsopfer waren wohl gut genug, für die Profitinteressen des Kapitalismus Leben und Gesundheit in die Schanze zu schlagen, aber für ihre daraus entstandene Notlage hat man nur Almosen übrig. Deshalb muß immer und immer wieder der jetzigen Regierung in die Ohren geschrieen werden, daß sie mitschuldig ist am großen Unglück, das über das Proletariat hereingebrochen ist und daß sie zur Linderung der großen Notlage endlich einmal wirksame Maßnahmen ergreifen möge.

Aber alle Hoffnung wird vergebens sein, solange wir noch eine kapitalistische Gesellschaftsordnung unter der Führung „sozialistischer" Minister haben; deshalb muß Hauptaufgabe aller Kriegsopfer sein, mitzuhelfen am Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung; denn nur in ihr kann und wird ihrer großen Notlage abgeholfen werden können. Da der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen infolge seiner politischen „Neutralität" und seiner aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzten Mitgliedschaften niemals dem Verlangen nach Gleichstellung aller Renten ohne Unterschied der Person gerecht werden konnte, so wurde von ehemaligen Reichstagsmitgliedern der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen ins Leben gerufen. Der Internationale Bund kennt keine politische Neutralität, er erstrebt aber die Gleichstellung aller Renten ohne Unterschied der Person und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Der auf internationaler Grundlage aufgebaute Bund wird seinem Wahlspruche „Krieg dem Kriege" dadurch gerecht, daß er Fühlung mit den ausländischen Bruderorganisationen nimmt, um dadurch dem Ausbruche neuer Kriege wirksam entgegenzutreten. Trotzdem man versucht hat, in den Kreisen der „politisch neutralen" Kriegsbeschädigtenorganisationen gegen unsere Bewegung Stimmung zu machen und den Internationalen Bund als ein utopisches Gebilde zu bezeichnen, müssen diese Stimmungsmacher jetzt einsehen, daß nicht wir, sondern sie selbst Utopisten waren. Sie haben das, was im Mai dieses Jahres durch die internationale sozialistische Konferenz in Genf Wirklichkeit wird, als utopisches Gebilde bezeichnet. Der Stein ist im Rollen und muß weiterrollen. Welch schöne Erfolge der Internationale Bund auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge zu verzeichnen hat, beweist ja zur Genüge die im vorigen Jahr gewährte 40prozentige Teuerungszulage für alle Rentenempfänger auf Grund der von ihm kurz zuvor veranstalteten Kriegsbeschädigtendemonstrationen. Bei den Beratungen über das neue Mannschaftsversorgungsgesetz erblicken die Vertreter des Internationalen Bundes ihre Hauptaufgabe darin, die Härten des alten Versorgungsgesetzes gänzlich zu beseitigen und Forderungen, wie z. B. Gleichstellung aller Rentenempfänger ohne Unterschied der Person, durchzusetzen. Wodurch war und ist es möglich, solche Erfolge auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit zu erzielen? Nur dadurch, daß hinter allen berechtigten Forderungen

---

26]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

Er blieb ein paar Schritte zurück.

Die Voranschreitenden streckten unter Scherzreden die Arme gegen die Dirne, sie am Kinn oder um die Hüfte zu fassen, aber sie lief, an ihnen vorüber, auf Toni zu.

Als dieser sie herankommen sah, da fiel ihm doch ihre Schönheit ins Auge und ihr Verlust aufs Herz. Nur die verweinten Augen, das vergrämte Gesicht, das Gejammer und Geklage hatte er gefürchtet und gemieden; wie sie aber jetzt sich ihm näherte, zwar mit bösem Gesicht und zornroten Wangen, doch so strahlen und entschlossen, da zuckte es ihm in den Händen, diese ihr entgegenzustrecken, sie an den Armen festzuhalten, zu fragen, ob sie ihm treu bleiben wolle, dieweil er ferne sei, ihr zu sagen, daß nichts vermöge, ihn von ihr abwendig zu machen, und wie dann ja alles doch noch gut werden würde!

Denkend, wie das die Dirne überraschen müsse, die ihm jetzt ganz erregt und wild nahetrat, öffnete er lächelnd die Lippen.

Da stand sie hart an ihm. „Schuft!" schrie sie und spuckte ihm ins Gesicht.

Aufjuchzend holte er mit der Faust aus, aber das Mädchen wich flink zurück und lief eilig gegen das Dorf.

Er hörte das laute Gelächter seiner Kameraden, die in einiger Entfernung stehengeblieben waren; da fuhr er sich mit dem Aermel der Jacke über das Gesicht und begann vor Zorn zu weinen, daß es ihn schüttelte; aber bald ermannte er sich und eilte auf die Wartenden zu. „Vorwärts!" schrie er. „Das wär' übersandet! Lacht's mi! Was will mer denn machen geg'n ein Weibsbild? Das muß mer sich g'fallen lassen, und jeder von euch leidet gern, daß so a Saubere ihm darum bös' würd', weil's ihm vorher s'gut g'wesen war!"

„Recht hast, Toni, reiden tun s' dir's weiter nix!" rief der Müller Simerl und stimmte an:

„Ei meingerl — sagt's Dirndel — bin ich dir hitzt g'schlecht?
Hoiöh, hoiöh, hodero!
Und früher, du Rauber, da war ich die recht!
Hoiöh, hoiöh, hodero!
Der Bub' der sagt d'rauf: 's liegt mer hitzt nix mehr dran,
Hoiöh, hoiöh, hodero!
Weil ich dich, mein Schaterl, schon auswendig kann!
Hoiöh, hoiöh, hodero!"

Der Sänger begann nun, sich über die Freuden der Liebe in jener naiven Anschaulichkeit auszulassen, welche man heutzutage nur noch dem unverdorbenen Volke oder einem alttestamentarischen König nachsieht. Unter diesen zarten, sinnigen Liede, dessen Jodler die Burschen unisono größten und fistelierten, ging es des Weges weiter.

Helene war in fliegender Hast durch das ganze Dorf gerannt, bei ihrer Hütte angelangt, warf sie sich auf die Schwelle nieder und lag, unter krampfigem, stoßenden Geschluchze laut heulend.

Die Tür hinter ihr öffnete sich und die alte Zinsbofer flüsterte: „Dumm's Ding, komm' h'rein, komm' h'rein, mach' kein Aufsehen."

Helene schüttelte heftig den Kopf und wehrte mit den Armen ab. Lange lag sie, geröchelt, das Herz, wie unter einem furchtbaren Drucke, angstvoll hämmernd, ihrer selbst nicht Herr; dann setzte sie sich auf und starrte vor sich hin, über den Bach, wo hinter den Weiden die grüne Matte aufstieg. Sie hielt den Blick, unter gesenkten Lidern, nach dem Fuße des Hügels gerichtet, keine Wimper zuckte empor, um verstohlen nach dem Kamme zu sehen, ob dort noch das Gehöft stünde.

Sie kehrte sich seufzend ab. Flüchtig streifte ihr Auge die Nachbarhütte, dann beschäftigte es die Hand, mit der sie sich über die Stirn strich. Nachdem sie eine geraume Weile nachsinnend gesessen, hob sie den Kopf und blickte umhergehen wie ein Kind, das eine Züchtigung vom vorigen Tage überschlafen. Sie zog das rechte Bein an sich, lockerte den Schuh und nahm ihn ab. Mit dem Absatz schartte sie kleine Kiesel aus der Erde und schnellte sie mit der Spitze der Sohle gegen das Vorgärtchen der Nachbarhütte. Sie trieb dieses Spiel mit Eifer und sah jedem Steinchen nach, wie nah es fiel, oder wie weit es traf, bis es ihr zuletzt gelang, paarmal hintereinander Steine in des Nachbars Garten zu werfen, die sie raschelnd durch die Büsche gleiten hörte; da packte sie sich den Schuh wieder an, erhob sich und trat in die Hütte.

XII.

Mudevl war ohne Sträuben auf dem Hofe von der Stellung zurückgekehrt. Obwohl man das allgemein erwartete, so hatten doch die Kleebinderin und die Magner Sepherl mit nicht geringem Bangen seiner Heimkunft entgegengesehen. Die Angst der alten Frau war übrigens ganz überflüssig, sie hätten ihr den Buben nicht genommen und wäre der auch ein Riese gewesen, ja, er hätte sich nicht einmal zu stellen brauchen, wenn sie rechtzeitig gehörigen Ortes dagegen eingeschrieben wäre, denn als der einzige Sohn einer armen Witwe, welcher deren Unterhalt bestreitet, war er militärfrei; aber es nahm sich eben keiner die Mühe, sie darüber zu belehren. Wo es Pflichten zu erfüllen gilt, da weiß die Ortsobrigkeit auf Meilen in der Runde die Armen und Aermsten zu finden, ihre Rechte — es sind deren nicht allzu viele — lehrt sie niemand suchen.

Nach dem lärmenden Abzuge der Rekruten war es ziemlich stille geworden im Dorfe. Die Bauern, deren Söhne fortgezogen waren, flüchteten leise, denn der Entgang zweier kräftiger Arme machte sich bald auf den kleinen Wirtschaften allerorten fühlbar; nun mußten sich die Alten entweder in vermehrter Arbeitsplage selbst hinunterschinden oder in den Beutel langen und einen Knecht dingen; es bedurfte just keiner besondern Arbeitsschen oder Sparsamkeit, um sie auf jene neidisch zu machen, die keine tauglichen Buben, aber dafür augenscheinlich mehr Patriotismus besaßen, indem sie oft nachdrücklich ihren Söhnen erklärten: „Kerl, mir tut nur leid, daß dich der Kaiser nit g'nommen hat und wann er dich heut' noch wollt', gleich könnt' er dich hab'n!"

Ganz anders und wie sich das bei ihnen von selbst versteht, edler, dachten die Weibsleute von der Sache. Mütter und Schwestern bangten und sorgten nur, was aus dem Steffel, Seppel und Martel würde, „wenn ein Krieg ausk'mm'," und gar die Dirnen, deren Schatz fortgezogen war, die machten sich über dieses Aeußerste hinaus noch herzinnerste Sorgen, was das lustige Soldatenleben an ihem lieb'n Buh'n verderben könnte?! Warum sie sich besagtes Leben gar so lustig dachten, darüber konnten sie sich selbst, oder wollen sie anderen nicht Rechenschaft geben; aber so eine war wirklich nur über' daran!

Für einen Menschen, der mit der Eigenart seines Geschlechtes einigermaßen vertraut ist, hatte es gar nichts Auffälliges, daß die Männer ihrer rohen Anschauungen, wenig dem Glücke der alten Kleebinderin nachfragten, während diese, gerade der edleren, weiblichen Tendenz zufolge, mit einmal mehr Neiderinnen zählte, als sie je zuvor in ihrem ganzen Leben besessen.

Gewöhnliche Naturen ziehen es indes vor, sich beneiden und nicht bedauern zu lassen, und Muckerls Mutter war eine sehr gewöhnliche. Wenn die Sonne über dem Hügel, auf welchem der Sternsteinhof stand, herauskam und das breit einströmende Licht in der kleinen Hütte alles glänzen und gleißen machte, was dazu angetan war, die Werkzeuglinge auf dem Arbeitstisch des Burschen, die Bleche und Glasuren der Küchengeschirre, die Bilderrahmen und die Messingbeschläge der Schränke, da dünkte der alten Frau, das liebe Tagesgestirn leuchte wieder so warmend und erfreuend, wie es das zu ihren besten Zeiten getan, wo sie als sorgenloses Kind, als aufgeweckte Dirn', als junges Weib und Mutter unter seinen Strahlen sich fröhlich tummelte und — blühte.

Am Sonntage, nachmittags, nach dem Segen, gingen die alte Kleebinderin und Muckerl, die alte Magner und Sepherl zusammen durch das Dorf. Die beiden Alten trippelten nebeneinander her und die zwei jungen Leute schritten ihnen voraus. Die drei Frauenzimmer trugen erstaunlich große Gebetbücher in den Händen, es mochte viel Trost und Erbauung in einem solchen Buch haben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200416-10/fragment/page=0005

große geschlossene und entschlossene Mitgliedermassen stehen, die kein Mittel scheuen, dieselben durchzusetzen.

Alle der arbeitenden Klasse angehörigen Kriegsopfer müssen in Erkenntnis der wirtschaftlichen Notlage ihr proletarisches Empfinden dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie Mitglied des Internationalen Bundes werden, denn je größer die Organisation, um so machtvoller können die berechtigten Forderungen der Mitglieder vertreten werden. Darum, ihr Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsgefangenen, organisiert euch, kommt zu uns und werdet Mitglied des Internationalen Bundes.

Anmeldungen werden entgegengenommen in unseren jeden Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Volkspark stattfindenden Mitgliederversammlungen sowie von nachstehenden Mitgliedern: Walter Kohl, Dölauer Straße 7, Auri Franke, Barbirstraße 21 I, Franz Buchholz, Richard-Wagner-Straße 16, Alfred Lemel, Arbeitersekretariat, Harz 42-44.

Streik der Holzarbeiter in der Hallischen Maschinenfabrik und Eisengießerei.

Sämtliche Modelltischler und Holzarbeiter in der Hallischen Maschinenfabrik und Eisengießerei haben heute die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Die Modelltischler haben in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher hinter der übrigen Holzindustrie ganz erheblich zurückgestanden, und es ist nur zu begreiflich, wenn sie aus Verzweiflung unter den geradezu erdrückenden Wirtschaftsverhältnissen zum äußersten Mittel des Streiks gegriffen haben. Wir ersuchen die Modelltischler, strengste Solidarität zu üben und auf etwaige Anfertigung von Streikarbeit scharf achtzugeben.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Halle.

* **Weitere Sammelstellen für die Opfer des Kapp-Putsches.** Zentralbibliothek im Volkspark; Kuschbach, Große Klausstraße 7; Fleischermeister Müller, Landsberger Straße 9; Fahrradhandlung Krause, Kl. Ulrichstraße; Fahrradhandlung Weinbold, Gr. Ulrichstraße; Zigarretten-Zentrale M. Jalper, Leipziger Straße; E. Strahl, Leipziger Straße 19; Zigarrengeschäft Schmidt, Rannische Straße; Barbiergeschäft M. Schulz, Rich.-Wagner-Straße.

* **Versicherungsangestellte sind gewarnt!** Eine Reihe Angestelltenversicherungsgesellschaften, die ihre selbstständigen Absichten innerhalb des Rahmens des Zentralverbandes der Angestellten nicht so verwirklichen konnten, wie sie es gewünscht hatten, haben dem Zentralverband den Rücken gekehrt. Da diese Renegaten doch aber leben wollen, bequemen sie sich nicht mit dem Austritt aus dem Zentralverband der Angestellten, sondern sie sind drauf und dran, den Angestellten der Versicherungsgesellschaften neues Heil durch die Gründung eines besonderen Verbandes angestelltenverganes zu bescheren. Wir haben zu dem gesunden gewerkschaftlichen Sinn der Versicherungsangestellten das Vertrauen, daß sie nicht bereit sein werden, die selbst geschaffene fortgeschrittene Organisation zu zertrümmern, um einer Anzahl mehr oder minder zweifelhafter Elemente eine Prostelle zu verschaffen. Für die Versicherungsangestellten wie für alle kaufmännischen und Bureauangestellten kommt als straffe freigewerkschaftliche Organisation nur der Zentralverband der Angestellten in Frage.

* **Lernt stenographieren!** Vom Arbeiterrat wird uns geschrieben: Auf dem Gebiete der Kurzschrift vollziehen sich neue bedeutsame Wandlungen. Die stenotachygraphische Schule hat es durchgeführt, ihre Schrift mit nur etwa 220 Typen für den Buchdruck erst zu machen. Für Gabelsberger waren bisher etwa 2200, für Stolze-Schrey etwa 1200 Typen erforderlich, die die Ausführungen praktisch unmöglich machten. Zugleich liegt ein Entwurf vor, die Stenotachygraphie für die Schreibmaschine druckbar zu machen. Stenotypisten, Buchdrucker usw. haben alle Ursache, sich mit einem solchen fortschrittlichen Kurzschriftsystem zu beschäftigen. Aus dem Anzeigenteil geht hervor, daß Ende April ein Lehrgang in der alten Volksschule, Promenade, beginnt. Anmeldungen nimmt entgegen, der Vorsitzende der Ortsgruppe Halle des Arbeiter-Stenotachygraphen-Bundes, Richard Hirsemann, Dessauerstraße 7 I.

* **Tumultschäden** sind auch von der Stadt Halle bei zahlreichen Gemeinden der Umgegend angemeldet worden. Der Magistrat stützt sich dabei auf die Tatsache, daß bewaffnete Arbeiter in nächster Nähe der Stadt gekämpft haben. Die Saale-Zeitung sucht die Schadenersatzforderung damit zu begründen, daß „Arbeiter bewaffnet gegen Halle zogen und jene Straßenkämpfe bei uns veranlaßten". Diese Behauptung, daß die Arbeiter die Straßenkämpfe bei uns „veranlaßten", ist eine grobe Fälschung und Verleumdung. Es wird also noch immer abgestritten, daß die Kämpfe eine Folge des Hochverrats der Hallischen Garnison waren, daß es die militärische Reaktion abzuwehren galt. Ausgerechnet ein Gesetz aus dem Jahre 1850 muß dazu herhalten, um die Forderung der Stadt zu rechtfertigen. Das betreffende Gesetz macht die Gemeinde für den durch Zusammenrottung oder bei deren Abwehr verursachten Schaden haftbar, wälzt aber die Schadenersatzpflicht denjenigen Gemeinden zu, von deren Bezirk aus der Ueberfall stattgefunden hat, wenn die Beschädigungen durch eine von außen her eingedrungene Menschenmenge verursacht worden ist. Die Saale-Zeitung hält es für selbstverständlich, daß die Stadt darauf fußt, „wenn sie jetzt gegen 38 Gemeinden, aus denen die Aufrührer (!) herkamen, Schadenersatzansprüche erhebt. Die Saale-Zeitung scheint an chronischer Gedächtnisschwäche zu leiden, daß sie jetzt schon wieder den wahren Sachverhalt auf den Kopf stellt; sie scheint vergessen zu haben, daß die mit Kapp verbrüderten Militaristen der Hallischen Garnison die Meuterer und Aufrührer gewesen sind, denen die schwere Schuld für die Kämpfe in Halle beizumessen ist. Richtig wäre es, daß mit der Drohung, den Hochverrätern ihr Vermögen zu nehmen, Ernst gemacht würde. Aus den Millionen und Gütern, die die schwerreichen kapitalistischen und militaristischen Hochverräter besitzen, würde schon mancher „Tumult" schaden gedeckt werden können. Solange die Regierung sich jedoch nicht entschließen will, gegen die reaktionären Gewaltmenschen vorzugehen, sollte sie wenigstens für schleunige Erledigung des neuen Tumultschadengesetzes sorgen. Nach diesem Gesetz hätte das Reich für den durch die Minenwerfer und Kanonen der Rosketen in der Stadt angerichteten Schaden zu haften. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß das Reich, dessen Verfassung auch gegen die Hallischen Kappisten geschützt werden mußte, die Kosten für die hierdurch entstandenen Folgen auf sich nimmt. Es kann den Gemeinden jedenfalls nicht zugemutet werden, daß sie auch noch die Rechnung für die Verbrechen der Putschisten begleichen. Die Gemeinden würden gezwungen sein, nach neuen Steuerquellen Ausschau zu halten und damit würde letzten Endes das Proletariat den Löwenanteil an den Millionen, die das Kapp-Verbrechen verschlungen hat, beizutragen haben. Wie beträchtlich die Sachschäden sind, dafür seien als Beispiele angeführt, daß die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft ihre Verluste in Halle auf 600 000 Mk. schätzt, während der Schaden, der in Ammendorf entstanden sein soll, mit 1 472 000 Mk. angegeben wird.

* **Umsatzsteuer bei Verkäufen unter Privatpersonen.** Im Publikum ist allgemein die Ansicht vertreten, daß die Umsatzsteuer nur Lieferungen innerhalb einer gewerblichen Tätigkeit betrifft. Diese Annahme ist, wie von amtlichen Stellen mitgeteilt wird, irrig. Steuerpflichtig ist jeder, der die in § 28 Abs. 1 Nr. 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 genannten Gegenstände veräußert, auch weder er noch der Käufer Gewerbetreibender ist. Zu diesen Sachen gehören besonders Gegenstände aus oder in Verbindung mit Edelmetallen; platinierte, vergoldete und versilberte Gegenstände; Edelsteine, Halbedelsteine, Gegenstände aus oder in Verbindung mit Bernstein, Jet, Korallen, Meerschaum, Perlmutter oder Schildpatt; sonstige Schmucksachen aller Art, Klaviere, Flügel, Harmonien, Streich- und Zupfinstrumente, Phonographen, Orchestrions usw. sowie deren Bestandteile und Zubehör. Autos, Motorboote und Luftfahrzeuge, die zur Personenbeförderung bestimmt sind, Fahrzeuge zu Vergnügungs- und Sportzwecken (Ruderbooten, Rodelschlitten usw.) sowie deren Bestandteile und Zubehör; Felle und Pelzwerk jeder Art mit Ausnahme von Hasen-, Kanin-, Hunde- und Schafpelzen, Teppiche, Kunstgegenstände, Antiquitäten und Sammelgegenstände. Steuerpflichtig ist der Lieferer. Mit ihm haftet der Unternehmer für die Erfüllung der Steuerpflicht, die Steuer beträgt 15 v. H. des Entgelts für jedes einzelne Geschäft mit Inhalt und die Höhe des Entgelts. Der Steuerbetrag wird auf volle 10 Pfennig nach unten abgerundet. Kleinere Beträge als 10 Pfennig bleiben unerhoben. Der Lieferer hat eine Quittung auszustellen und hierauf Stempelmarken, die bei den Postanstalten käuflich sind, zu entwerten. Erhält der Abnehmer keine versehene Quittung, so hat er der Steuerstelle Mitteilung zu machen und auf der Mitteilung die Marken zu betweisen. Die Hinterziehung der Umsatzsteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis bestraft. Hiernach liegt die genaue Beachtung der gesetzlichen Vorschriften im eigenen Interesse jedes Beteiligten.

* **Aus dem städtischen Bauausschuß.** In der Sitzung von 14. April beantragen unsere Genossen, daß die Stadt in Zukunft die Reparaturarbeiten an den städtischen Gebäuden in eigene Regie übernimmt; denn das Geld, das an den Maurer, Zimmerer, Tischler, Schlosser- und Dachdeckerarbeiten die Unternehmer verdienen, kann gespart werden. In der Begründung des Antrages wurde darauf hingewiesen, große Fabriken machten ganz gute Erfahrungen damit, daß sie ihre eigenen Maurer und Zimmerleute halten. Auch würden die Arbeiter viel eher zufrieden, da sie dann nicht mehr für die profitsüchtigen Unternehmer, sondern im Dienste der Allgemeinheit arbeiten. Die Demokraten wandten sich gegen den Antrag, weil ihrer Meinung nach dadurch manche Handwerkerexistenz vernichtet würde. Schließlich mußte der Bauausschuß nach langer Debatte den Antrag der Bauverwaltung überweisen, da er sich für die Angelegenheit für nicht zuständig erklärte. — Für bauliche Veränderungen am Emilienheim wurden 24 000 Mk. bewilligt. Mit diesen Mitteln sollen im Dachgeschoß Unterkunftsräume für das Personal geschaffen werden. Ferner wurden für Reparaturarbeiten an der Kröllwitzer Brücke 20 000 Mk. und für Ausbesserung des Dachstuhles im städtischen Grundstück Feldstraße Nr. 18 30 000 Mk. bewilligt.

Stadtverordneten-Fraktion. USP. Sonnabend 7 Uhr: Stadthaus.

* **Für die Sitzung der Stadtverordneten** am Montag, den 19. April, nachmittags 4 Uhr, ist folgende Tagesordnung vorgesehen: Aenderung des Fahrgeldtarifs für die Straßenbahn, Zahlung eines Zuschusses an Theatergarnisten, Ausgaben für die Ausstellung zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, Verteilung der Zinsen des Schmidtschen Legatenfonds, Nachbewilligung für Unterstützung von Veteranen, Ausbesserung der Kröllwitzer Brücke, Dachausbesserung Felbstraße 13, Nachbewilligung für das Emilienheim, Aenderung des Ortsstatuts über Anstellung von Beamten, Ortsstatut und Geschäftsanweisung betr. das Jugendamt, Gesuch um Teilung des Wohnungsamtes, Anrechnung von Dienstzeit für Theatergarnisten, Antrag auf Einsetzung einer Feststellungskommission.

Sozialdemokrat. Verein (U. S. P.) für Halle und den Saalkreis.

Proletarier!

Falsche Freunde verraten die Revolution! Kapitalisten bedrohen sie! Helft uns, den Kampf dagegen zu führen! Schützt die revolutionären Errungenschaften! Fordert die Fortführung der Revolution! Kämpft für die Durchführung des Sozialismus! Stärkt unsere Organisationen, die dafür eintreten! Werbt für unsere Presse, die Aufklärung bringt und euch die Waffen liefert zum Kampfe! Führt Organisation und Presse die nötigen Mittel zu! Gebt freudig und gern!

Zeichnet auf unsere Sammellisten!

* **Aus dem Verwaltungsbericht der Städtischen Sparkasse für 1918.** Die städtische Sparkasse vollendete am 31. Dezember 1918 ihr 62. Geschäftsjahr. Aus dem soeben erschienen Verwaltungsbericht für 1918 entnehmen wir folgende Zahlen, die die Allgemeinheit interessieren dürften: Neuausgefertigt wurden 28 165 Sparkassenbücher, so daß am Ende des Jahres 1918 überhaupt 138 461 Stück im Umlauf waren. Während Ende 1917 die Spareinlagen 68 489 875,97 Mk. betrugen, wurden 1918 54 876 553,80 Mk. neu eingezahlt, während 2 875 855,83 Mk. den Sparern an Zinsen gut geschrieben wurden. Die Rückzahlungen betrugen 1918 im ganzen 85 360 273,46 Mk. Der Zuwachs an Einlagen war also ein ganz ungewöhnlicher, wie er seit Bestehen der Sparkasse überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Der Gesamtbetrag der Spareinlagen belief sich Ende 1918 auf 90 881 992,14 Mk., also durchschnittlich auf ein Buch 652,75 Mk. gegen 544,07 Mk. im Vorjahre. An Zinsen wurden den Sparern insgesamt 2 442 821,47 Mk. gewährt. Für Hypotheken wurden im Laufe des Jahres 1918 neu 76 600 Mk. ausgeliehen, während für 17 043 200 Mk. Inhaberpapiere angekauft wurden. An Kriegsanleihen hat die Sparkasse bis Ende 1918 für eigene Rechnung 48 334 000 Mk. und für die Rechnung der Stadtgemeinde und der Sparer 48 546 800 Mk., also zusammen 96 680 800 Mark eingezahlt. Besonders bemerkenswert ist, daß diese unsolide Kriegsanleihe-Zeichnungspolitik auch noch im Jahre 1918 mit regem Eifer betrieben wurde, so daß den zahlreichen weiblichen Hilfskräften und dem Beamtenpersonal eine große Arbeitslast, die auch diesmal freudig getragen wurde, erwuchs". So wurden für die 8. Kriegsanleihe von der Sparkasse 8 000 000 Mk. und von den Sparern und der Stadtgemeinde 5 872 200 Mk., zusammen also 13 872 200 Mk.; für die 9. Kriegsanleihe von der Sparkasse 9 000 000 Mark, von den Sparern und der Stadt 3 017 100 Mk., also zusammen 12 017 100 Mk. Für beide Kriegsanleihen macht das die ungeheuren Summen von 25 889 300 Mark.

* **Das Schicksal von West- und Ostpreußen wird** durch die Volksabstimmung, die demnächst stattfindet, entschieden. Wer berechtigt ist, an der Abstimmung teilzunehmer, melde sich bei der Arbeitsgemeinschaft Halle für die Volksabstimmung, Marktplatz Nr. 24 (Waggebäude), zur Eintragung. Dort wird auch in der Zeit von 8 bis 1 Uhr jede diesbezügliche Auskunft erteilt.

* **Endliche Freigabe der Moritzburg.** Ab Sonntag, den 18. April, ist auch das Museum in der Moritzburg wieder regelmäßig zugänglich, da die Kappisten die Moritzburg als Stützpunkt endlich geräumt haben. Unentgeltlich: Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonnabend 11—1 Uhr, Sonnabend, Sonntag 3—5 Uhr. Außerhalb dieser Stunden können Besucher nach Möglichkeit gegen eine Gebühr von 1 Mk. (bei Familien und Vereinen 50 Pf.) geführt werden. Gebühr für Kleiderablage während der öffentlichen Besuchstunden für 1 bis 3 Besucher 20 Pf.

* **Ein Waggon Zucker „geschoben" — zwei Jahre Gefängnis.** Wegen Hehlerei ist vom Landgericht Halle am 26. November der Zuckerwarenfabrikant Paul Bock zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Zwei auf dem Hallischen Güterbahnhof beschäftigte Arbeiter brachten einen angekommenen Waggon mit 300 Zentnern Zucker auf ein Nebengleis und verkauften dann diesen Zucker an den Angeklagten Bock. Das Gericht nahm an, daß Bock aus den Umständen hätte erkennen müssen, daß die Arbeiter nicht auf rechtmäßige Weise in den Besitz solcher Mengen Zucker gelangt sein konnten. Die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7 Uhr wird Letzings komische Oper Der Wildschütz gegeben. In dem am Sonnabendabend 7½ Uhr stattfindenden Konzert gelangt unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes Beethovens Missa solemnis zur Aufführung. Sonntag nachmittag 3 Uhr geht als Fremdenvorstellung bei kleinen Preisen Ibsens Schauspiel Nora in Szene. Sonntag abend 7 Uhr: Der Wildschütz. Montag abend 6 Uhr: Tristan und Isolde.

Nietleben. Die Eltern-Beiratswahl findet am Sonntag, den 18. April, im Markgrafschen Lokal von vormittags 10 bis 2 Uhr statt. Die Eltern, welche Kinder in die Schule schicken, müssen an der Wahl teilnehmen. Die von uns aufgestellte Liste heißt: Wolf, Hermann, Dreher. Es ist Pflicht der Arbeiterschaft, den Stimmzettel mit diesem Namen abzugeben.

Aus der Provinz.

Erneute Bewaffnung der Reaktion.

Träger des Kapp-Putsches war die gesamte bewaffnete Reaktion, wozu die meisten Reichswehrbataillone, die Einwohnerwehren, Bürgerwehren, Bauernwehren, Zeitfreiwilligen und die technischen Nothelfungen gehören. Die Reichswehr sucht man mit mangelndem Erfolge zu „republikanisieren", der Abrüstung der Wehren des Besitzes werden vom kapitalistischen Bürger- und Junkertum die größten Schwierigkeiten bereitet, trotzdem die Einwohnerwehren aufgelöst werden sollen. Diese genügen den Agrariern noch gar nicht, sie behaupten, wie die Hallesche Zeitung, daß „die Einwohnerwehren, wie vorauszusehen war, meist versagt haben," womit sie ausdrücken wollen, daß die Einwohnerwehren noch nicht reaktionär genug geartet sind. Daher befassen sich die Agrarier bereits wieder sehr eingehend mit der Frage der Bildung ländlicher Schutzwehren, die die wehrhäbigen Landwirte und ländlichen Bürger (!) restlos umfassen sollen. Diese Schutzwehren sollen nicht etwa wie bisher auf die Dörfer verteilt bleiben, sondern auf ein Alarmsignal hin an einem geeigneten Platze im Kreise geschlossen zusammenberufen werden, „um in der Lage zu sein, sich selbst vor gewalttätiger Entwaffnung zu schützen und dann kleine, aber wehrkräftige Stoßtrupps in die „bedrohten" Teile des Kreises zu schicken". Die nötigen Waffen sollen „an durchaus sicheren Plätzen" aufbewahrt, allenfalls durch reaktionär gesinnte Reichswehr geschützt werden; Privatbesitzer im Kreise werden eine Anzahl von Lastautos zur Verfügung stellen. So wird planmäßig der nächste militärische Staatsstreich vorbereitet, unter der zuvorkommenden Duldung der reaktionären Orts- und Regierungsbehörden, die bekanntlich sehnsüchtig auf die Wiederkehr der „herrlichen" Zeiten ihres Hohenzollerngeschlechts warten. Unsere Genossen in der Provinz werden ein wachsames Auge auf diese Bestrebungen haben müssen, damit die „ländlichen Schutzwehren" nicht zu einem gefährlichen Angriffsmittel gegen die Arbeiterschaft werden. Denn von der Regierung ist nichts zu hoffen, sie zeigt bereits wieder Sammetpfötchen gegen die konterrevolutionären Gewaltmenschen. Der Oberpräsident Hörsing hätschelte in einer rechtssozialistischen Funktionärversammlung in Magdeburg die Reichswehr und meinte, die Sozialdemokratie sei durch das Schimpfen auf die Reichswehr an deren Gegnerschaft selbst schuld; der Putsch sei ebenfalls durch die Arbeiterschaft mitverschuldet. Er schimpfte weidlich auf die harmlosen Dummenjungenstreiche in Delitzsch und Langermünde, bauschte diese unnützig auf und nahm sie zum Anlaß, um die Notwendigkeit des Gebrauchs von Machtmitteln gegen links plausibel zu machen. Von solchen Leuten ist nichts Gutes für das Proletariat zu erwarten.

Eisleben. Milde Richter fand der früher auf dem Rittergut Walbeck beschäftigte Wirtschaftseleve Witfeld vor der Eisleber Strafkammer. Witfeld betrat am Morgen des 2. September v. J. mehrere Frauen auf den Aeckern des Rittergutes. Da sie sich dort unbefugt aufhielten, suchten sie zu entkommen. Witfeld schoß darauf die Ehefrau Lina Höhndorf aus Hettstedt kurzerhand nieder. Die Richter dieses brutalen Wüstchens „erkannten" auf fahrlässige Tötung (!) und nahmen an, daß durch Verhängung von drei Monaten Gefängnis der Gerechtigkeit Genüge geschehe und die Mordtat gesühnt sei.

Herzberg. Eine Agrarier-Tagung wurde dem Schweinitzer Kreisblatt zufolge, das seinen Titel trotz seines reaktionären Charakters entgegen der Verordnung des Oberpräsidenten noch immer trägt, in unserer Stadt abgehalten. In einer Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte für den Kreis Schweinitz wetterte ein Dr. Pieper aus Halle als Redner gegen die den Agrariern verhaßte Zwangswirtschaft. Wenn man dem etwas naiven Redner Glauben schenken darf, erblickt die Sozialdemokratie in der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft die endgültige Durchführung der Sozialisierung. Herr Pieper forderte die zahlreiche Versammlung auf, die in der Landwirtschaft ruhenden Kräfte zu organisieren und bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Stimme nur den landwirtschaftlichen Vertretern, d. h. den Junkern zu geben. Die „erfreuliche" Einigkeit zwischen dem Bunde der Landwirte und dem Landbunde wurde gepriesen. Der Landrat des Kreises, von Pappenheim, der als Gast unter seinen Getreuen weilte, wurde angehimmelt und für seine „Geschäftsführung" besonders gefeiert. Das Unsoziale, Unmoralische für den während des Kapp-Putsches an Vertrauensschwund erkrankten Landrat wurde wieder angewandt; er erhielt sein — Vertrauensvotum.

Grünewalde. In der Generalversammlung wurde die Distriktsverwaltung neugewählt. Aus dem Geschäftsbericht, den Genosse Magister gab, ist der erfreuliche Aufschwung der Mitgliedzahl hervorzuheben, die von 141 auf 227 gestiegen ist. Die Vorbereitung der Maifeier wurde einer Kommission übertragen. Genosse Dietrich forderte auf, sich der proletarischen Jugendbewegung mehr anzunehmen und für deren Ausbau Sorge zu tragen. Zur Stärkung der Lokalkasse wurde beschlossen, einen Lokalbeitrag von 50 Pf. vierteljährlich zu erheben.

Magdeburg. Umfangreichen Schiebungen mit Kartoffeln ist die hiesige Eisenbahnpolizei auf die Spur gekommen. Die Kartoffeln wurden unter dem Deckmantel, daß sie für Eisenbahnbedienstete bestimmt seien, gegen sehr hohe Preise an Zivilpersonen ohne Marken verschoben. Unter den Personen, die in dieser Angelegenheit festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, befindet sich neben zwei Händlern der Eisenbahnunterassistent und rechtssozialistische Stadtverordnete Heinevetter. Das ist an und für sich nichts Besonderes, denn warum sollte es nicht auch unter den Leuten, die ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in der Tasche tragen, räudige Schafe geben, zumal wenn sie sich der Partei angeschlossen haben, die auf besondere Prinzipienfestigkeit keinen Wert legt. Aber da fällt uns ein, wie von der gesamten rechtssozialistischen Presse jeder Tunichtgut, der vielleicht seit ein paar Wochen Mitglied der USP. ist, dieser Partei an die Rockschöße gehängt wird, um die ganze Partei zu verunglimpfen. Wenn in Klostermansfeld ein unabhängiger Arbeiter ein paar Bretter stiehlt, so wird die Sache aufgebauscht durch die ehrenwerte Korrespondenz der SPD. in den deutschen Wälderwald hinausgetragen, und wenn sich gar ein unabhängiger Bürgermeister, der als Novembersozialist seit der politischen Umwälzung von 1918 bereits dreimal seine Partei gewechselt hat, und vorsichtshalber auch bei den Sklarzsozialisten Mitglied ist, Verfehlungen im Amte zuschulden kommen läßt, so ist das die Sensation der rechtssozialistischen Presse für mindestens 14 Tage! Wie hat doch z. B. die Hallische rechtssozialistische Volksstimme den Fall des Bürgermeisters Gericke in Hettstedt für ihre Parteizwecke auszuschlachten versucht. Mit Recht haben wir damals behauptet, daß derartige Leute keinen Makel auf die gesamte Partei zu werfen vermögen, oder wollen die Magdeburger und Hallischen Volksstimmen etwa den Vorwurf ruhig einstecken, daß ihre Partei durch den Riesenschieber und „sozialdemokratischen" Stadtverordneten Heinvetter vollständig kompromittiert sei?

Briefkasten.

Abonnentin, Karlstraße. Kriegsteilnehmer haben keinen Anspruch auf Steuerfreiheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192004 16-10/fragment/page=0006

Bekanntmachung

Über die Kohlenversorgung für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes, sowie auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 25. September (R.G.Bl. S. 607 ff.) und 4. November 1915 (R.G.Bl. S. 728 ff.) wird mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes verordnet:

I. Allgemeine Bestimmungen:

§ 1.

Brennstoffe im Sinne dieser Verordnung sind Steinkohlen, Steinkohlenbriketts aller Art, Anthrazit, Braunkohlen, Preßsteine, Braunkohlenbriketts aller Art, Koksbriketts und Koks jeder Art, einschließlich der geringwertigen Sorten, z. B. Schlammkohle, Koksgrus, Grudekoks

§ 2.

Der Magistrat verteilt durch die Ortskohlenstelle, Merkplatz 22, im Stadtkreis Halle die genannten Brennstoffe:

1. für Hausbrand,
2. für Landwirtschaft,
3. für Kleingewerbe.

Als Hausbrand im Sinne dieser Verordnung gilt der gesamte Kohlenverbrauch für Heiz- und Kochzwecke, einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten, und zwar sowohl der Bedarf an Ofenheizung und Küchenbrand, als auch der Bedarf für Stockwerks- und Zentralheizungen.

Ausgeschlossen von der Verteilung ist der Bedarf der militärischen Anstalten, der von den Zivildienstunternehmungen bestanden wird.

Zum Bedarf der Landwirtschaft gehört auch der Bedarf der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe.

Als Kleingewerbe im Sinne dieser Verordnung gelten:

1. diejenigen Gewerbebetriebe, die monatlich weniger als 10 Tonnen (= 200 Zentner) verbrauchen, ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs, die nach den von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung erlassenen Bekanntmachungen betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher, nicht meldepflichtigen Gewerbebetriebe (Schlachthöfe, Gastwirtschaften, Badeanstalten, Warenhäuser, Ladengeschäfte, Krankenhäuser, Strafanstalten und ähnliche Betriebe, ferner Bäckereien und Schlächtereien, soweit sie den Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen.
3. Die Entscheidung darüber, ob ein Gewerbebetrieb meldepflichtig ist, steht in Zweifelsfällen der zuständigen Kohlenwirtschaftsstelle, in letzter Linie dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung zu.

§ 3.

Die Brennstoffe, mit der die Bevölkerung für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921 versorgt werden kann, hängt von der Höhe der Zuteilung an die Stadt durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung ab.

Die jeweilige Versorgung auf Grund der erfolgten Zuteilung kann naturgemäß nur dem Kohlenein gang entsprechen.

Die Verteilung der Brennstoffe erfolgt ausschließlich durch die Ortskohlenstelle.

§ 4.

Der Bezug von Kohlen durch die Kohlenhändler richtet sich nach den Bestimmungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung.

Die Belieferung der Verbraucher und Kleinhändler durch die Kohlenhändler oder sonstige Personen, die Kohlen in den Stadtbezirk einführen oder dort vertreiben, darf nur nach den Vorschriften und Anweisungen des Magistrats bzw. der Ortskohlenstelle erfolgen.

§ 5.

Die Einführung von Brennstoffen von auswärts darf nur auf Grund eines von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung oder der Ortskohlenstelle ausgestellten gültigen Bezugsscheines erfolgen.

Privatpersonen, Nichtarzthändler oder Bezugsvereinigungen, welche von außerhalb für sich oder andere Personen größere Mengen an Brennstoffen einführen, als ihnen nach den jeweiligen Bestimmungen für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921 zustehen, sind verpflichtet, auf Verlangen des Magistrats diese Mehrmengen an andere Verbraucher abzugeben.

Dies ist notwendig, weil alle nach Halle eingeführte Kohle auf die der Stadt zugewiesene Menge angerechnet und damit die zur Verteilung auf die übrigen Verbraucher zur Verfügung bleibende Menge verringert wird.

§ 6.

Großhändler, Kleinhändler, Privatpersonen oder Bezugsvereinigungen, welche Brennstoffe in den Stadtkreis Halle einführen, haben am Tage des Eingangs der Sendung Menge, Gewinnungsort, Verwendungszweck, Empfänger und Lagerstelle der eingeführten Brennstoffe der Ortskohlenstelle nach jeweiliger Anordnung anzuzeigen.

Außerdem haben Kohlenhändler, Einkaufs- und Bezugsvereinigungen dem Magistrat (Ortskohlenstelle) wöchentlich Montags eine Meldung über die in der vergangenen Woche eingegangenen Kohlenmengen für Hausbrand, Kleingewerbe und Landwirtschaft, getrennt nach diesen Gruppen, einzureichen. Gleichzeitig sind die Bezugsscheine, Kohlen- und Grudemarken, auf die in der betreffenden Woche Brennstoffe geliefert worden sind, ordnungsgemäß gebündelt, abzugeben. Vordrucke zu den Meldungen sind in der Ortskohlenstelle kostenlos erhältlich.

Die Durchführung dieser Verordnung und die Richtigkeit der Anzeigen werden von den mit Ausweis versehenen Beauftragten der Ortskohlenstelle nachgeprüft werden. Die Beauftragten haben das Recht der Einsicht in die Geschäftsbücher.

§ 7.

Empfänger von **Deputatkohlen** sind zum Bezuge von Brennstoffen aus den der Stadtgemeinde zugeteilten Mengen **nicht berechtigt**. Sie erhalten weder Kohlenbezugsscheine, noch Kohlen- und Grudekarten.

Alle Brennstofferzeuger des Stadtkreises sind verpflichtet,

bis zum 10. Mai 1920

ein Verzeichnis der **Deputatkohlenempfänger**, welches Name, Stand, Wohnung, Kohlenart und Menge enthält, der Ortskohlenstelle einzureichen.

Bis zum gleichen Zeitpunkt haben die Bezieher, die Deputatkohlen von den Werken beziehen, die außerhalb Halles ihren Sitz haben, der Ortskohlenstelle die Menge zu melden.

Ein

Beweis

unserer Billigkeit!

Damen- 208 Hochschaftstiefel . . . Mk. . **Herren- 245** Rindboxstiefel . . . . Mk.

Damen- 180 Halbschuhe — Einzelpaare . Mk.

Wiebachs Schuhwarenhaus,

Kl. Ulrichstrasse 11|12.

II. Hausbrand für Kochzwecke und Ofenheizung.

§ 8.

Für Kochzwecke und Ofenheizung sind Braunkohlenbriketts, Preßsteine, Rohbraunkohle oder Grudekoks in Aussicht genommen. Zuteilung anderer Brennstoffe bleibt ausdrücklich vorbehalten.

§ 9.

Mit Hausbrand für Küchenfeuerung und Ofenheizung werden die einzelnen selbständigen Haushaltungen versorgt, entsprechend dem jeweiligen Kohlenvorrat. Untermieter gelten nicht als selbständiger Haushalt. Familienangehörige oder nahe Verwandte werden nicht als Untermieter angesehen.

§ 10.

Für Haushalte mit Grude wird zu Kochzwecken nur Grudekoks zugewiesen. Die Zuweisung von Kohlen darf nur zu Waschzwecken erfolgen.

Ist nur der Kochherd (Kochmaschine) vorhanden, so sind auf das Jahr (März April 1921) für Kochzwecke (einschließlich Bad und Wäsche) bei Haushaltungen mit:

1—3 verpflegten Personen	15	Zentner	Briketts	
4 6 „	„	20	„	„
7 u. mehr „	„	25	„	„

in Aussicht genommen und zwar in Teillieferungen. Für Haushaltungen mit Gaskocheinrichtungen wird höchstens die Hälfte der vorstehenden Mengen zugewiesen. Werden an Stelle der Briketts Preßsteine verlangt, so gelten 100 Stck. gleich 20 Zentner.

Zuteilung auf Landobstz in Höchstmengen von 15—20 Zentnern ist vorläufig nicht möglich. Die Landbezugsscheine werden ab August ausgegeben, gegen Rückgabe der noch vorhandenen Kohlenkarten.

§ 11.

Für die einzelnen Haushaltungen sind zu Heizzwecken bei Wohnungen

von 1—2 Zimmer (außer Küche)	10	Zentner	Briketts,	
3—4 „ „ „	15	„	„	
5 u. mehr „ „ „	20	„	„	

in Aussicht genommen, und zwar in Teillieferungen.

Als Zulage können voraussichtlich 250 Preßsteine für den Haushalt gewährt werden.

Für jedes an Fremde (Untermieter) abvermietete Zimmer mit Ofen können zweimalige Zuteilungen (im Oktober und Januar) von je fünf Zentner erfolgen — und zwar nur an den Inhaber der vom Hauswirt gemieteten Wohnung — auf Grund eines auch von ihm anerkannten Nachweises. Studenten erhalten die Zuweisungen durch Vermittlung des Studentenausschusses.

Der Mieter ist verpflichtet, die auf jedes vermietete Zimmer mit Ofen angelieferten Briketts nur für den Untermieter zu verwenden, oder zur Verfügung zu halten.

Etwaiger Wechsel der Untermieter bleibt unberücksichtigt; nicht aber das Leerstehen eines solchen Zimmers, was der Ortskohlenstelle binnen drei Tagen zu melden ist.

Nebenräume, Flure, Dielen, geschlossene Balkone, Veranden mit Wintergärten werden bei der Zuweisung von Brennstoffkarten nicht berücksichtigt. **Diese Räume dürfen nicht geheizt werden.**

Der Magistrat — Ortskohlenstelle — kann keine Gewähr für Lieferungen der den Verbrauchern zugeteilten Mengen übernehmen, da er auf die Zuweisung der Brennstoffmengen, die durch die Reichsbehörden erfolgt, keinen Einfluß hat.

Jedermann muß auch in Zukunft mit den erhaltenen Brennstoffmengen allersparsamst umgehen. **Ersatzlieferungen** für zuviel verbrauchte Mengen können in keinem Falle gewährt werden.

§ 12.

Mengen, die sich Ende April 1920 im Besitz der Verbraucher befinden, werden auf die Jahreszuteilung für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921 angerechnet. Der Haushalt, der noch etwa 5 Zentner Brennstoffe besitzt, darf eine Zuweisung vor Anfang Juli nicht nachsuchen.

§ 13.

Außer den im § 10 und 11 genannten Mengen können **ausnahmsweise — nach den verfügbaren knappen Vorräten** — einzelnen Haushaltungen Zusatzmengen zugeteilt werden in folgenden besonderen Fällen:

1. bei schwerer Krankheit auf Grund eines von der Gemeinde nachzuprüfenden ärztlichen Zeugnisses bis 5 Zentner Heizkohle im Einzelfall.
2. bei schwerer, dauernder Krankheit oder Alter über 70 Jahre: bis zu 10 Zentner Heizkohle,
3. für Wöchnerinnen: fünf Zentner Heizkohle, die 1 Monat vor der Entbindung angewiesen werden kann,
4. für Säuglinge bis 2 Jahre fünf Zentner Kohle.

§ 14.

Die Unterverteilung des Hausbrandes für Ofenheizung und Küchenfeuerung erfolgt durch Kohlenkarten.

Die einzelnen Abschnitte der Kohlenkarten sind mit fortlaufenden Zahlen bezeichnet, jeder **Abschnitt berechtigt zum Bezuge von 5 Zentner. Auf welche Abschnitte Brennstoffe** entnommen werden können, wird von Fall zu Fall bekanntgegeben.

Die Zuweisung der Kohlenkarten wird, entsprechend den Zuteilungen durch die Reichsstellen, durch besondere Bekanntmachungen geregelt werden.

Die Kohlenkarten sind nicht übertragbar. Sie sind sorgfältig aufzubewahren und der Ortskohlenstelle auf Verlangen vorzulegen; **für verlorene oder sonst abhanden gekommene Karten wird ein Ersatz unter keinen Umständen gewährt.**

§ 15.

Die regelmäßige Abgabe von Brennstoffen in kleinen Mengen bis zu einem Zentner erfolgt bei den Händlern, bei denen sich die Verbraucher als Kunden angemeldet haben (Kundenliste).

Die Händler sind verpflichtet, soweit ihr Vorrat reicht, gegen Vorlage der Karten Brennstoffe an **die Verbraucher abzugeben zu den bekanntgegebenen Preisen.**

Die Abgabe der Mengen von fünf Zentnern und mehr erfolgt entweder durch Abholung bei den Händlern nach der Bezirkseinteilung vom 4. August 1917 oder durch Anlieferung durch die Händler zu den bekanntgegebenen Preisen.

Werden bei der Anfuhr noch Vorräte von etwa fünf Zentnern im Haushalt angetroffen, muß die Abtragung neuer Brennstoffe unterbleiben und Meldung an die Ortskohlenstelle erfolgen.

Kohlenhändler, Bezugsvereinigungen usw. dürfen Brennstoffe nur gegen Abtrennung der freigegebenen Abschnitte der Karten verabfolgen. Die Abgabe und Entnahme gegen andere Abschnitte ist verboten.

Kohlenhändler und alle kohlenliefernden Personen haben Kundenlisten sachgemäß und genau zu führen, in die jeder Kunde nach seiner Anmeldung laufend nummeriert einzutragen ist, und zwar getrennt nach dem Anfangsbuchstaben des Namens.

Bei Bezug aus dem Stadtkreis sind die Brennstoffkarten an die Ortskohlenstelle zurückzugeben.

Neuzuziehende erhalten auf Antrag durch die Ortskohlenstelle Karten zum Bezug der entsprechenden Brennstoffmengen.

III. Stockwerks- und Zentralheizungen:

§ 17.

Die vorstehenden Bestimmungen über die Unterverteilung von Brennstoffen gelten in entsprechender Weise für alle Sammelheizungen (Stockwerks- und Zentralheizungen).

Die Zuweisung von Brennstoffen erfolgt bei Stockwerksheizungen an den Inhaber der Wohnung, bei Zentralheizungen an die zu ihrem Betriebe Verpflichteten.

Als Brennstoff für Sammelheizungen wird allgemein Koks und Rohbraunkohle gewährt.

§ 18.

Die Festsetzung der Brennstoffmengen für die Sammelheizungen kann im voraus nicht erfolgen; sie wird voraussichtlich unter der im letzten Jahre bewilligten Menge bleiben.

§ 19.

Die Unterverteilung der Brennstoffe für Sammelheizungen erfolgt wie bisher durch einzelne schriftliche Zuweisungen der Ortskohlenstelle und zwar nur bei dringendem Bedarf.

Die Lieferung von Brennstoffen darf nur gegen Abgabe der Bezugsscheine erfolgen.

Die Brennstoffe können nach Wahl bei den Groß- und Kleinhändlern sowie bei Kohlenbezugsvereinigungen entnommen werden.

Händler und Bezugsvereinigungen sind solange ihr Vorrat reicht, gegen Aushändigung der Bezugsscheine zur Abgabe der Brennstoffe an die Verbraucher verpflichtet. **In erster Linie sind jedoch die Inhaber von Kohlenkarten mit Kohle zu beliefern.**

Für die Rückgabe der belieferten Scheine an die Ortskohlenstelle gilt das im § 6 Gesagte.

§ 20.

In Wohnungen mit Sammelheizungen ist die Erwärmung geschlossener Balkons, Veranden, Dielen, Flure, Bäder, Wintergärten und Nebenräume verboten.

Die Heizung ist nur für wenige Räume zu gebrauchen, und zwar darf die Innentemperatur in Raummitte 1½ m über Fußboden: 18 Grad Celsius oder 14,5 Grad Reaumur nicht überschreiten.

Für zentrale Warmwasserbereitungsanlagen, die ohne Benutzung von Abwärme betrieben werden, dürfen Brennstoffe nicht verwandt werden.

§ 21.

Wenn in Wohnungen mit Stockwerks- oder Zentralheizung zwei Oefen vorhanden sind, müssen Brennstoffe für Ofenheizung beantragt werden. Für die Zentralheizung wird in diesem Falle nichts gewährt.

IV. Behörden, Kirchen, Schulen und öffentliche Anstalten.

§ 22.

Für Behörden, Schulen und öffentliche Anstalten ist, ohne daß hiermit eine Gewähr für die Lieferung übernommen werden kann und vorbehaltlich etwaiger Aenderungen der Mengen durch die Reichsbehörde für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921 etwa zwei Drittel der in der Zeit vom 1. September 1916 bis 30. April 1917 verbrauchten Menge in Aussicht genommen.

Eine Mehrlieferung kann mit Genehmigung des Magistrats (Ortskohlenstelle) nur in den dringendsten Ausnahmefällen erfolgen.

Kirchen, Museen, Ausstellungshallen, Turnhallen und Aulen wird für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. April 1921 eine Belieferung von etwa ein Drittel des Verbrauches in der Zeit vom 1. September 1916 bis 30. April 1917 in Aussicht gestellt. Eine Gewähr für Zuteilung dieser Menge kann nicht übernommen werden.

§ 23.

Auf die nach § 22 zu gewährenden Brennstoffmengen werden diejenigen Mengen, die sich am 1. Mai d. J. im Besitz der Verbraucher befanden, angerechnet.

§ 24.

Die Lieferung erfolgt auf Antrag durch schriftliche Anweisung der Ortskohlenstelle. Eine Zuweisung des Gesamtbedarfs für die Heizperiode auf einmal kann mit Rücksicht auf die ratenweise eingehende Belieferung der Stadt nicht erfolgen. Die Anweisungen können vielmehr nur auf entsprechende Teilbeträge der Gesamtmenge lauten. **Die Anträge auf Zuweisung von Brennstoffen sind nicht vor dem 1. Juli an die Ortskohlenstelle zu richten.**

Für den Bezug der Brennstoffe finden die Vorschriften der §§ 6 und 19 sinngemäße Anwendung.

V. Kleingewerbe.

§ 25.

Dem Kleingewerbe wird Betriebskohle und Heizkohle zugeteilt.

Betriebskohle sind diejenigen Brennstoffe, die zum eigentlichen Betriebe des Gewerbes, insbesondere zum Heizen von Kesseln, zum Betriebe von Maschinen, Herd- und anderen Feuern und ähnlichen Zwecken bestimmt sind.

Heizkohle sind diejenigen Brennstoffe, die zur Heizung der Räume, in denen das Gewerbe betrieben wird, benötigt werden.

§ 26.

Die Festsetzung der Brennstoffmenge für das Kleingewerbe — ausgenommen die lebenswichtigen Betriebe — läßt sich im Voraus nicht machen; sie wird bezüglich der Betriebskohlen voraussichtlich unter der im letzten Jahre zugeteilten Menge bleiben, während an Heizkohlen den Räumen mit öffentlichen Ausstellungen, sowie Vortragssälen wieder nur ein Drittel der in der Zeit vom 1. September 1916 bis 30. April 1917 verbrauchten Heizkohlenmenge in Aussicht gestellt werden kann.

Als besondere Zuteilungen zu Heizzwecken kommen in Frage:

1. für das Behandlungszimmer eines Arztes: 10 Zentner, für weitere Mengen nur nach Befürwortung durch die Aerztekammer, jedoch im Ganzen nicht mehr als 20 Zentner.
2. für das Amtszimmer der ehrenamtlich tätigen oder beamteten Personen, die ein besonderes Amtszimmer zur Abtretung des Publikums in der Wohnung unbedingt brauchen, und für wissenschaftlich oder amtlich arbeitende Personen, denen ein öffentliches Amtszimmer nicht zur Verfügung steht, 10 Zentner.
3. für einzelne Verkaufs- und Geschäftsräume mit Oefen: 10—15 Zentner Briketts oder Koks für jeden notwendigen Ofen, desgleichen für Gastwirtschaften, Warteräle und ähnliche Betriebe.

§ 27.

Die Lieferung erfolgt in erster Linie an diejenigen Gewerbebetriebe, die insbesondere der Versorgung der Stadtgemeinde mit Gegenständen des täglichen Bedarfs dienen.

Für die Zuweisung und Entnahme der Brennstoffe gelten die Bestimmungen des § 24.

VI. Landwirtschaft.

§ 28.

Die Belieferung der im Stadtkreise Halle vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe geschieht allein durch Zuweisungen der Ortskohlenstelle. Die Vorschriften der §§ 25 und 26 finden entsprechende Anwendung.

VII. Strafbestimmungen.

§ 29.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung oder den Anordnungen, welche die Ortskohlenstelle oder der Magistrat auf Grund dieser Verordnung erlassen, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Ortskohlenstelle kann im Einvernehmen mit dem Magistrat Kohlenhändlern und Personen, die gegen diese Bekanntmachung verstoßen, den Fortbetrieb des Handels untersagen.

VIII. Uebergangsbestimmungen.

§ 30.

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1920 in Kraft. Mit dem gleichen Tage verlieren die die Versorgung bis 30. April regelnden Verordnungen des Magistrats ihre Gültigkeit.

Halle den 6. April 1920.

Der Magistrat.

gez. Seydel. gez. Osterburg.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

jede Nummer 30 Pfg. wöchentlich,

bringt in der Ausführung, ähnlich wie die Berliner Illustrierte Zeitung, die wichtigsten Vorkommnisse des Tages in Wort und Bild.

Bestellungen nehmen alle Austräger :: des „Volksblattes" entgegen. ::

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192004 16-10/fragment/page=0007

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

100 Gramm Margarine.

In der Woche vom 19. bis 25. April werden auf den Abschnitt 18 der roten Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Margarine zum Preise von 1,85 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 26. April, abzuliefern.

Versorgung mit Kartoffeln.

In der Woche vom 19. bis 25. April können auf die Marke 33 der neuen, grauen Kartoffelkarte 2 Pfd. Kartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 22. April, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Sonnabend, den 17. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72501—76500 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushalts werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr, ausstellen lassen.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise

in der Talamtschule am Sonnabend, den 17. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 79501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. für das Paket, abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Kinder bis zu 6 Jahren

in der Talamtschule am Sonnabend, den 17. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jedes Kind bis zu 6 Jahren eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,60 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Herstellung von Kuchen in Bäckereien.

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1919 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen in den Betrieben gestattet. Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. bestraft, auch kann neben der Strafe die Schließung der betreffenden Geschäfte angeordnet werden.

Delitzsch.

Kartoffel-Versorgung.

Im Interesse der Kartoffelversorgung können ausnahmsweise von Montag, den 19. April, an die Abschnitte 8, 9, 10 und 11 der Kartoffelkarten die Kartoffelwochenmengen zum jeweiligen Preise auf einmal in den Verkaufsstellen entnommen werden. Da ab 3. Mai der Kartoffelpreis wieder erhöht werden muß, empfehlen wir unserer Einwohnerschaft von diesem Angebot weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Delitzsch, den 15. April 1920.

Der Magistrat.

Der Fleischverkauf

findet von jetzt an nur noch Sonnabends von früh 7 bis nachmittags 3 Uhr statt. Papier oder Gefäße ist mitzubringen. *151

Delitzsch, den 15. April 1920.

Der Magistrat.

Bitterfeld.

Butterausgabe in der Woche vom 18.—24. April.

In der Woche vom 18.—24. April werden 60 Gramm Butter an die Versorgungsberechtigten ausgegeben.

Bitterfeld, den 14. April 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Lamscha.

Erholungsheim Zöckeritz.

Neu eröffnet und herrlich im Laub- und Nadelwald gelegen, bietet Erholungsbedürftigen, insbesondere Krankenkassenmitgliedern angenehmen Aufenthalt und zeitgemäße Verpflegung. Die Kosten betragen für den Tag 7,60 Mk. Bedingungen: Magistrat Bitterfeld, Wohlfahrtsbureau. *152

Die ehemalige Oberförsterei Zöckeritz bei Bitterfeld ist von uns gepachtet und als Erholungsheim, insbesondere für die werktätige Bevölkerung eingerichtet worden. Die Zimmer sind noch ohne jeden Schmuck. Den Gästen gegenüber muß aber die Stadt auch anheimelnd sein. Wir bitten die Bevölkerung zum Schmuck und Nutzen des Heimes Bilder, Kissen, Liegestühle, Bücher, Spiele usw. zu stiften, auch Geldbeträge werden angenommen; alles zu Händen des Wohlfahrtsbureaus, Rathaus Bitterfeld, Zimmer 12.

Bitterfeld, den 8. April 1920.

*152 Der Magistrat. Schmidt.

Eilenburg.

Städtischer Warenverkauf.

Bezugsschein 320: 1 Pfund Speisesirup à Pfund 2 Mk., gegen Voranmeldung. Bezugsschein 321: 1 Pfund ausländisches Roggen- oder Maismehl à Pfund 80 Pf., gegen Voranmeldung. Voranmeldungen bis Sonnabend. Ausgabe: Dienstag und Freitag. Markenfrei. Salzbohnen à Pfund 1,20 Mk., Milchsüßspeisen à Päckchen 0,55 Mk., Puddingpulver à Pfund 3,40 Mk., Hafermehl à Pfund 2 Mk.

Eilenburg, den 14. April 1920.

*150 Der Magistrat.

Die Inhaber von Bezugsscheinen von Kommunalwaren wollen die Bezugsscheine bis Ende dieser Woche einlösen, andernfalls anderweit über die dann noch vorhandenen Waren verfügt wird.

Eilenburg, den 12. April 1920.

*150 Der Magistrat.

Meiner werten Kundschaft, sowie einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, dass ich mein **Herrenstrasse 5** belegenes

Kolonialwarengeschäft, verbunden mit Destillation,

mit dem heutigen Tage meinem langjährigen Mitarbeiter Herrn **Max Röhl** käuflich überlassen habe.

Indem ich für das mir erwiesene Wohlwollen und Vertrauen bestens danke, bitte ich dasselbe auch auf meinen Herrn Nachfolger übertragen zu wollen.

Otto Glass.

Einer werten Einwohnerschaft die ergebene Anzeige, dass ich das hierselbst **Herrenstrasse 5** belegene, bisher unter der **Firma Otto Glass** betriebene

Kolonialwarengeschäft, verbunden mit Destillation,

käuflich erworben habe und unter meinem Namen in unveränderter Weise fortführen werde.

Es wird stets mein eifrigstes Bestreben sein, die mich Beehrenden mit nur guter Ware bei billigster und aufmerksamster Bedienung zufriedenzustellen.

Ich bitte, das Herrn Otto Glass geschenkte Vertrauen auch mir entgegenbringen zu wollen.

Max Röhl,
Kolonialwaren- und Destillationsgeschäft,
Herrenstr. 5. Tel. 3723.

*153

Nur kein Neid!

Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für alle Sorten

Felle. 64

Paul Günther, Graseweg 8.

Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen, auch für Privatkundschaft.

Echten Nordhäuser Kautabak, Rauchtabak, Englische Zigaretten

zu haben bei 65

R. Hennicke,
Königstr. 5. Königstr. 5.

Zur Maifeier

empfehle: 287

Ansteckblumen, Abzeichen
und Kinderbelustigungs-Artikel.
Grosse Auswahl bei billigsten Preisen.
Paul Lange, Merseburger Str. 168, neben dem Apollo-Theater.

Zigaretten,

englische, amerikanische, ägyptische und deutsche, noch zu weit billigeren Preisen als wie im besetzten Gebiet, sowie echten

Nordhäuser Kautabak,
Rauchtabak (grob, mittel, Feinschnitt), rein Uebersee-Ware, empfiehlt 347

K. Gimpel, Alte Promenade Nr. 6.
Nicht mit Neue Promenade zu verwechseln

Möbel 188

Komplette Schlafzimmer, moderne Küchen, Schränke, Tische, Stühle, Vertikos, Spiegel.
Größte Auswahl. Reell und gut.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.
Carl Klingler, Halle, Leipzigerstr. 11, I. Et. Eingang Sandberg.

---

ff. Herrenmoden und Kostüme, spez. Kunstseidenen und Handweberei.
Brand, Risse, Motten usw., werden der Webart entsprechend wieder hergestellt. Umarbeiten, Wenden, Reparaturen und Ausbügeln wird sachgemäß ausgeführt. 309
F. R. Ludwig, Krausenstr. 2 I.
Fernruf 3296.

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai 1920 an tritt eine **Erhöhung der Fahrpreise auf sämtlichen Ueberlandbahnlinien** ein. Die neuen Preise sind an den Haupthaltestellen und in den Wagen veröffentlicht. *155.

Merseburger Ueberlandbahnen-Aktiengesellschaft.

Wolfen.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 10. April ist für die Dauer der Abwesenheit des Gemeindevorstehers Schröder der Steuersekretär **Meier in Bitterfeld** mit der Führung der kommissarischen Geschäfte eines Gemeindevorstehers für die Gemeinde Wolfen betraut und als solcher vom Herrn Landrat bestätigt worden. *153

Wolfen, den 13. April 1920.

Der stellvertretende Gemeindevorsteher.
Kempe.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag: Mitglieder 7.50 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Sonntag, den 18. April, vorm. 10 Uhr, i. Volkspark:
Gesamt-Singestunde.
Mittwoch, den 21. April, pünktlich abds. 7 Uhr, im Volkspark:
Gesamt-Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Jed. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Sonntag: Treffwanderung für alle Gruppen in den Kloschwitzer Grund. Abmarsch: Früh ½6 Uhr vom Landheim, um 6 Uhr von der Peißnitzbrücke. Jugendgruppe: ½6 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. Gemeinl. Treffen mittags am „Altdorn" im Grund hinter Kloschwitz.
Montag, abends 7 Uhr: Führersitzung bei E. Keil, Gr. Klausstraße 7.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle. Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

I. Athletenklub von 1898 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonntags Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Sonntag, den 18. April, früh 7 Uhr: Ausfahrt in die Baumblüte u. Kloschwitz. Abf.: Vom Hettstedter Bahnhof.
Freitag, den 30. April, abends 7½ Uhr, im Volkspark: Versammlung.
Der Vorstand.

Arbeiter-Schwimm-Verein, Halle a. d. S. (E. V.)
Vereinslokal: Thümmler, Jakobstraße.
Versammlung a. 1. Sonntag nach dem Monatsersten bei Thümmler.
Uebungsstunden: Donnerstag v. 7-8 Uhr: Damenabteilung. Von 8-9 Uhr: Männerabteilung.
Freitag, den 16. April, abds. 8 Uhr: Außerordentl. General-Versammlung.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsst.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

Mandolinen-Gesellschaft Harmonie, Halle a. S.
Vereinslokal: Restaur. Selka, Dorothenstr. 22. Verein zur Pflege und Förderung nur gut. Mandolinen- u. Lautenmusik auf breitester Grundlage f. Damen u. Herren. Jeden Freitag: Uebungsstunde.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.
Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jed. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal: Zur Blauberecke, Augustastr.
Sitzung:
Jeden Mittwoch. Humoristen, Komiker, Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein.
Jugend-Abteilung: Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.: Ortsgruppe: Halle (S.)
Jed. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jed. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Freie Sozial. Jugend. Halle.
Jugendh.: Rathausstr. 16, geöffn. von 7 Uhr bis 10 Uhr abends.

Ammendorf.

Turnverein Fichte.
Radewell u. Umgegend.
1. Abteil.: Dreierhaus Diendorf. Turnst.: Dienstag u. Freitag v. 8-10 Uhr.
Schülerabteilung: Mittwoch von 5½—7 Uhr.
2. Abteil.: Schützenhaus Ammendorf. Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr.
3. Abteil.: Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr.
Schülerabteilg.: Dienstag von 5½—7 Uhr.
Turnerinnen: Donnerstag von 8—10 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jed. Donnerstag, abends ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel:
— **Singestunden.** —
Der Vorstand.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung:
Für Mädchen:
Mittwoch ½8-½10 Uhr.
Für Burschen:
Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek:
Donnerstag v. 8-10 Uhr.
Sonnabend, d. 17. April: Nacht-Ausflug n. Beuchlitz. Abmarsch: 6 Uhr v. Lindenhofe.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". **Der Vorstand.**

Neueste Operetten-Grammophon-Platten
wieder vorrätig.
C. Dorn,
Oleariusstrasse 6a, am Hallmarkt. 4

Höchste Preise 342
für
Kupfer, Rotguß, Messing und Blei
zahlen
Reuter & Sohn.
Vertreter: K. Scholz.
Dachritzstr. 4.

Volkspark, Burgstr. 27.
Heute, Freitag, den 16. April, im kleinen Saal: 391
Großer öffentlicher Ball.

Volkspark, kleiner Saal.
Sonnabend, den 17. April, von nachm. 5½ Uhr an:
Tanzkränzchen des G.-B. Libra.
Es ladet ein 387 Der Vorstand.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Täglich nachm. Konzert, ab 6 Uhr.
Neuer Spielplan.
L. Farere, Liedersängerin. | Ellen Elber, Stimmungssoubr. | Senta Monti, Vortragskünstl.
2 Loretteos in ihr. kom. Kombinationsakt.
Senta und Max Schubert, Gesa.-Skatch-Duett. 383
Trude u. Willy, die myster. Tafel u. Röhren.
Klein-Irma? | Max Schubert, sächs. Komiker | Urkom. Posse.
Sonntag 11½-½2 Uhr: **Frühschoppen.** Anfang nachm. 3 Uhr.
Alte Promenade 11, Ecke Gr. Ulrichstr.

B. B.B. **Reths Bunte Bühne,**
Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägergasse.
Ab heute: 376
Neues Programm.
Lore Berghofer, Operetten-Sängerin.
Asta Zander, Humoristin.
Geschwister Falkoni, das elegante Damen-Duett.

Turnverein Fichte.
Sonntag, den 18. April, nachm. 3 Uhr, im Gr. Saal des „Volksparks":
:: Schauturnen ::
der Schüler- und Schülerinnen-Abteilungen.
Nachdem von 6 Uhr an: 389
Ball.
Es ladet freundlichst ein
Der Vergnügungsausschuß.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts"
Mitglied des Bundes „Freiheit".
Sonntag, den 18. April, nachm. 3 Uhr, im kleinen Saale des Volksparkes:
Frühjahrs-Vergnügen
verbunden mit Reigenfahren.
Hierzu laden wir alle Freunde und Gönner des Vereins herzlichst ein.
Der Vergnügungs-Ausschuss.
384 I. A.: Oskar Herne.

Achtung! 380 Achtung!
Trothaer Ballsäle.
Sonnabend, den 17. April, von 6 Uhr abends an:
Großes Tanzvergnügen
des Fußballklubs V. f. B., Trotha.
Mitglied des Arbeiter-Sport-Verbandes.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Turnverein Reideburg
(Mitgl. d. Arbeiter-Turnerbundes).
Turnstunden: Dienstags u. Freitags 8-10.
Sonnabend, d. 17. April, von abds. 7 Uhr an, im Gasthof z. Nachtigall, Burg bei Reideburg:
Kränzchen *149
verbunden mit turnerischen Vorführungen.
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Nachruf.

Am 10. März verschied infolge Unglücksfalles unser liebes Mitglied

H. Karl Müller.

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen braven, unermüdlichen Mitarbeiter, stets bereit, in uneigennütziger Weise seinen Mitmenschen beizustehen, strebte er vorwärts. Gleiches Recht für alle! das war sein Wahlspruch. In diesem Sinne lebte und wirkte er. *156

Wir werden ihn nie vergessen!

Arbeiter-Radfahrerverein.
Deutscher Landarbeiter-Verband.
Sozialdemokratischer Verein USPD.
Gemeinde-Vertretung Löbnitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192004 16-10/fragment/page=0008